

Die Bank, die Ihre Sprache spricht.

HGB- Jahresabschluss der DKB AG 2012

Aufsichtsrat	3
Vorstand/Generalbevollmächtigte/Direktorinnen und Direktoren	4
Treuhänder	5
Bericht des Aufsichtsrats	6
Lagebericht	8
HGB-Bilanz der Deutschen Kreditbank AG	56
HGB-Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Kreditbank AG	58
Anhang	59
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	89
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	90

Anteilseignervertreter

Jan-Christian Dreesen	Vorsitzender des Aufsichtsrats ab 01.01.2013 Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Vorstands der BayernLB
Gerd Häusler	ab 01.01.2013 Vorsitzender des Aufsichtsrats Vorsitzender des Vorstands der BayernLB
Marcus Kramer	Mitglied des Vorstands der BayernLB
Nils Niermann	Mitglied des Vorstands der BayernLB
Walter Pache	Unabhängiger Finanzexperte Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Günzburg-Krumbach
Stephan Winkelmeier	Mitglied des Vorstands der BayernLB
Theo Zellner	Präsident des Sparkassenverbands Bayern
Dr. Edgar Zoller	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der BayernLB

Arbeitnehmervertreter

Bianca Häsen	Arbeitnehmervertreterin (Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats)
Christine Enz	Arbeitnehmervertreterin
Jens Hübler	Arbeitnehmervertreter
Wolfhard Möller	Arbeitnehmervertreter
Frank Radtke	Arbeitnehmervertreter
Dr. Friedrich Sendelbeck	Arbeitnehmervertreter
Christine Wollweber	Arbeitnehmervertreterin
Ufuk Yasar	Arbeitnehmervertreter

VORSTAND

Günther Troppmann	bis 31.12.2012 Vorsitzender des Vorstands
Stefan Unterlandstättnr	Mitglied des Vorstands ab 01.01.2013 Vorsitzender des Vorstands
Rolf Mähliß	Mitglied des Vorstands
Dr. Patrick Wilden	Mitglied des Vorstands

GENERALBEVOLLMÄCHTIGTE

Bettina Stark

Tilo Hacke

DIREKTORINNEN UND DIREKTOREN

Thomas Abrokat

Christof Becker

Harald Bergmann

Christian Breitbach

Mark Buhl

Matthias Burger

Steffen Haumann

Frank Heß

Martin Honerla

Mario Hotz

Jens Hübler

Axel Kasterich

Stand: 31.12.2012

DIREKTORINNEN UND DIREKTOREN

Andreas Kaunath

Herbert Klein

Cornelia Kotthaus

Jana Kröselberg

Carsten Kümmerlin

Wolfgang Lohfink

Jörg Naumann

Frauke Plaß

Thomas Pönisch

Dr. Stefan Popp

Roland Pozniak

Wolfgang Reinert

Johann Scheiblhuber

Wolfgang Schnurr

Otto Schwendner
(Executive Vice President)

Dr. Jens Schwope

Burkhard Stibbe

Dr. Wulf-Dietmar Storm

Ralf Stracke

Thomas Teuber

Jan Walther

Friedrich Wehrmann

Ekkehard Weiß

Jürgen Wenzler

Thomas Wichmann

Andreas Wilmbusse

Dr. Thomas Wolff

TREUHÄNDER

Dr. Bernhard Krewerth

Ehemaliges Vorstandsmitglied

Josef Baiz

Ehemaliges Vorstandsmitglied

Die Staatsschuldenkrise dominierte das Geschehen an den Finanzmärkten. Die wirtschaftliche Verfassung Deutschlands ist nach wie vor gut. Die DKB AG weist bei komplexen Rahmenbedingungen ein sehr gutes Ergebnis für das Geschäftsjahr 2012 aus.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2012 die Entwicklung der DKB AG eng begleitet, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überwacht und stand dem Vorstand beratend zur Seite. Alle Aufgaben, die der Aufsichtsrat nach Gesetz und Satzung verantwortet, hat er umfassend wahrgenommen.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Unternehmensstrategie und alle wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden.

Im Geschäftsjahr 2012 trat der Aufsichtsrat zu vier turnusmäßigen Sitzungen zusammen. Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Überprüfung der wirtschaftlichen Lage, der Risikosituation, von Strategie und Planung – jeweils auch im Hinblick auf die Entwicklung an den Finanzmärkten – sowie die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und der internen Revision.

Der Kreditausschuss tagte im Berichtszeitraum viermal. Er befasste sich gemäß den vom Aufsichtsrat für den Kreditausschuss festgelegten Kompetenzregelungen mit den nach Gesetz oder Satzung vorlagepflichtigen Krediten und Geschäftsvorgängen. Außerdem wurden ihm umfängliche Informationen zu der Geschäftslage, der Risikosituation, der Struktur des Kreditportfolios und zum Management von Liquidität und Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellt.

Der Personalausschuss befasste sich in seinen vier Sitzungen in erster Linie mit aktuellen Rahmenentscheidungen der Personalpolitik und Entwicklungen im Personalbereich. Er überwachte zudem die Angemessenheit der Vergütungssysteme.

Per 21. März 2012 legten die Ehrenmitglieder Dr. Peter Kahn und Staatsminister a. D. Franz Neubauer ihr Mandat nieder. Gerd Häusler wurde am 26. September 2012 mit Wirkung zum 1. Januar 2013 als neuer Aufsichtsratsvorsitzender gewählt. Der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Jan-Christian Dreesen legte den Vorsitz zum 31. Dezember 2012 nieder, blieb aber Mitglied im Aufsichtsrat. Gerd Häusler wurde zum 1. Januar 2013 außerdem zum Vorsitzenden des Kredit- und des Personalausschusses bestimmt. Jan-Christian Dreesen blieb Mitglied im Kreditausschuss und wurde zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Personalausschusses gewählt.

In der Sitzung vom 12. Dezember 2012 bestellte der Aufsichtsrat Stefan Unterlandstätter mit Wirkung zum 1. Januar 2013 zum neuen Vorstandsvorsitzenden der DKB AG. Er folgt auf Günther Troppmann, der am 31. Dezember 2012 aus dem Vorstand ausschied und in den Ruhestand eingetreten ist.

Der Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts sowie die Buchführung für 2012 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer bestellten KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Nach eingehender Erörterung und Prüfung des vorgelegten Jahresabschlusses stimmt der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu. Es werden keine Einwendungen gegen das Prüfungsergebnis des Jahresabschlusses und des Lageberichts zum 31. Dezember 2012 erhoben.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss festgestellt.

Für das hohe persönliche Engagement und die erbrachten Leistungen im Geschäftsjahr 2012 dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der Aufsichtsrat spricht Herrn Günther Troppmann seine höchste Anerkennung aus. In seinen 17 Jahren bei der DKB war er gleichermaßen visionärer Vordenker wie ruheloser Antreiber. Er führte die DKB von einem kleinen Kreditinstitut mit rund 400 Mitarbeitern zu der heutigen hohen Marktbedeutung in den Bereichen Infrastruktur und Firmenkunden und formte sie zu einer der größten Direktbanken in Deutschland. Der Aufsichtsrat dankt ihm für sein außerordentliches Engagement und seine besondere Lebensleistung.

Berlin, 8. März 2013

Der Aufsichtsrat



Gerd Häusler

Vorsitzender des Aufsichtsrats

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Wirtschaft in Deutschland blieb 2012 auf Wachstumskurs, konnte aber nicht mehr an die Dynamik des Vorjahres anknüpfen. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schwächte sich im Jahresverlauf ab. Im vierten Quartal erwarten Marktbeobachter einen Rückgang oder Nullwachstum. Der vorläufigen Rechnung des Statistischen Bundesamtes zufolge hat das preisbereinigte BIP in Deutschland im Jahr 2012 um 0,7 Prozent zugelegt. Damit konnte sich Deutschland dem allgemeinen europäischen Abwärtstrend zwar nicht ganz entziehen, zeigte sich aber doch stabil. Für den gleichen Zeitraum rechnet die Europäische Kommission in ihrem Herbstgutachten für den gesamten Euroraum mit einem Rückgang des BIP von 0,4 Prozent.

Die Staatsschuldenkrise beherrschte die öffentliche Debatte. Im Januar entzog die Ratingagentur Standard & Poor's dem französischen Staat das Toprating AAA. Im Februar erfolgten der Schuldenschnitt in Griechenland und die finale Ausgestaltung des zweiten Hilfspakets für das Krisenland. In den Folgemonaten traten Spanien und Italien immer weiter in den Fokus. Spanien flüchtete im Juni unter den Rettungsschirm. Die Euroländer stimmten für Finanzhilfen an spanische Banken in Höhe von bis zu 100 Mrd. EUR. Auch Zypern stellte einen Hilfsantrag. Bis Jahresende blieb die allgemeine Lage in der Staatsschuldenkrise labil. Bereits im Frühjahr beschlossen die Euroländer den sogenannten Fiskalpakt sowie eine frühere Einführung des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und stockten im Jahresverlauf seine Mittel erheblich auf. Der ESM nahm im Oktober 2012 seine operative Arbeit auf.

Die Finanzmärkte zeigten sich weiterhin sehr angespannt. Sie waren vor allem beeinflusst von der Entwicklung der Staatsschuldenkrise, Konjunktursorgen und den geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB). Ende Februar teilte die EZB den europäischen Kreditinstituten im Rahmen ihres zweiten Dreijahrestenders 530 Mrd. EUR zu. Das Gesamtvolumen der Langfristender hat damit die Billionengrenze überschritten. Im Juli verlängerte die Zentralbank auch ihre weiteren Sondermaßnahmen zur Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken. Die EZB hielt den Hauptrefinanzierungssatz über die ersten sechs Monate konstant bei 1,0 Prozent. Im Juli senkte sie ihn um 0,25 Prozent auf das historisch niedrige Niveau von 0,75 Prozent. Zudem verringerte sie den Zinssatz für die Einlagefazilität von 0,25 Prozent auf null.

Aufgrund von zunehmenden Schwierigkeiten einzelner EU-Staaten bei der Refinanzierung kündigte die EZB im September an, im Notfall ohne Limit Staatsanleihen von Euroländern zu kaufen. Die Ankündigung dieses sogenannten Outright-Monetary-Transaction-Programms (OMT) wirkte beruhigend auf die Finanzmärkte und dämpfte Sorgen um ein Auseinanderbrechen des europäischen Währungsraums. Das führte zu steigenden Aktienkursen und geringeren Risikoprämien für Anleihen der Peripherieländer. Die Renditen von Bundesanleihen legten nach Tiefstständen im Sommer bis Jahresende insgesamt etwas zu, befanden sich aber weiterhin auf einem äußerst niedrigen Niveau.

Im Juli wurde das Beihilfeverfahren zur BayernLB formell abgeschlossen. In diesem Zuge bestätigte die EU-Kommission die Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells. Im Kern-

geschäft ist es dem BayernLB-Konzern erlaubt zu wachsen. Diese Aussage bezieht sich ausdrücklich auch auf die Geschäftstätigkeit der DKB AG, die als integraler Bestandteil zum Kerngeschäft der BayernLB zählt. Die Entscheidung der Kommission basiert auf einer Geschäftsplanung, welche die zukünftigen Verpflichtungen gegenüber der EU-Kommission bereits beinhaltet. Die wesentlichen Eckpunkte der Entscheidung der EU-Kommission sehen vor, dass die BayernLB insgesamt rund 5 Mrd. EUR bis 2019 an den Freistaat zurückzahlt und seine Bilanzsumme verkleinert.

Wesentliche Entwicklung der DKB AG

Die DKB AG schloss das Geschäftsjahr 2012 trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen erfolgreich ab. Bei anhaltend starkem Wettbewerb setzte die Bank ihr Wachstum gerade auch im Einlagengeschäft fort. Hier wurde im Berichtszeitraum eine Steigerung um 18,2 Prozent auf 38,8 Mrd. EUR erreicht. Dieser hohe Zufluss an Kundeneinlagen ermöglichte der DKB AG im Jahr 2012 die vollständige Refinanzierung ihres Neukundenkreditgeschäfts. Die Kundenforderungen stiegen bei zum Teil hohen Tilgungsraten in den einzelnen Kundengruppen um 4,9 Prozent auf 53,6 Mrd. EUR. Sie waren von risikokapital-schonendem Wachstum geprägt.

Innerhalb des BayernLB-Konzerns übernimmt die DKB AG auch weiterhin die Rolle des Refinanzierers über Kundeneinlagen. Die Forderungen gegenüber der BayernLB haben aus diesem Grund im Berichtszeitraum zugenommen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf 66,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 60,6 Mrd. EUR).

Der Zinsüberschuss lag mit 596,4 Mio. EUR trotz der schwierigen Bedingungen an den Kapitalmärkten nur geringfügig unter dem guten Vorjahresniveau (Vorjahr: 621,9 Mio. EUR).

Die DKB AG erzielte mit 251,1 Mio. EUR (Vorjahr: 120,5 Mio. EUR) ein außerordentlich gutes Ergebnis vor Gewinnabführung. Dieses basiert vor allem auf einer stabilen Geschäftsentwicklung und einer verbesserten Risikovorsorge. Ein wichtiger Faktor war zudem der Verkauf der DKB Immobilien AG-Gruppe, der sich im ersten Halbjahr als außerordentlicher Ertrag in Höhe von 60,0 Mio. EUR niederschlug.

Die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 0,3 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent. Die Eigenkapitalausstattung der DKB AG wurde von der BayernLB auch in Hinblick auf die neuen Eigenkapitalanforderungen (Basel III) durch Einzahlungen in die Rücklagen in Höhe von insgesamt 120 Mio. EUR gestärkt.

Im Zuge des übergeordneten Restrukturierungskonzepts der BayernLB bereinigte die DKB AG ihr Beteiligungsportfolio mit dem Verkauf der DKB Immobilien AG-Gruppe weiter. Darüber hinaus wurde im Bereich Interne Restrukturierungseinheit der strategiekonforme Abbau des Forderungs- und Wertpapiervolumens fortgesetzt.

PRIVATKUNDEN

Die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der DKB AG im Bereich Privatkunden waren grundsätzlich positiv. Hintergrund war die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland mit steigenden Einkommen und niedriger Arbeitslosigkeit. Das Privatkundengeschäft war geprägt von einem sich weiter intensivierenden Wettbewerbsdruck. Der allgemeine Trend zu Direktbanken hielt dabei unverändert an: Laut Erhebung der Deutschen Bundesbank wurden 2012 in Deutschland erstmals mehr Online-Konten als andere Girokonten geführt. Darüber hinaus drängten weiter ausländische Institute auf den deutschen Markt, die insbesondere Passivprodukte mit teils aggressiver Konditionsgestaltung anboten. Im Bereich Girokonten arbeiten Marktteilnehmer zunehmend mit hohen Incentivierungen von bis zu 100 EUR pro Neukunde.

Die DKB AG orientierte sich im Jahr 2012 weiterhin am Leitbild der nachhaltigen Hausbank im Internet mit einfachen Produkten zu guten Konditionen. Darüber hinaus lag der Fokus auf qualitativem Wachstum über internetbasierte Vertriebswege.

Insgesamt zählte die DKB AG zum Stichtag 2,47 Millionen Privatkunden. Enthalten sind rund 285.000 Neukunden, die im Berichtszeitraum hinzukamen. Der größte Teil des Kundenwachstums entfiel auf das Ankerprodukt DKB-Cash mit rund 250.000 Neuabschlüssen.

In zwei Schritten im Juni und Dezember senkte die DKB AG den Einlagenzins auf den Kreditkartenkonten beim DKB-Cash von 2,05 auf 1,30 Prozent. Die Zinssenkungen wurden vor dem Hintergrund der Veränderungen beim allgemeinen Zinsniveau durchgeführt. Die Positionierung im Wettbewerbsumfeld hat sich dadurch nicht wesentlich geändert. Zudem hatten beide Senkungen keinen negativen Einfluss auf die Neukundenzahlen.

Das Einlagenvolumen im Bereich Privatkunden wurde deutlich ausgebaut. Zum 31. Dezember 2012 lag es bei 13,6 Mrd. EUR gegenüber 11,4 Mrd. EUR zum Jahresultimo 2011. Der Anstieg ist in erster Linie auf höhere Einlagen auf Co-Branding-Kreditkarten und DKB-VISA-Cards zurückzuführen.

Im Aktivgeschäft konzentrierte sich die Bank auf Bestandskunden. Das Forderungsvolumen (nominal) war plangemäß leicht rückläufig und lag zum Jahresende bei 13,6 Mrd. EUR (Jahresende 2011: 14,2 Mrd. EUR). Hintergrund waren Kredittilgungen von Wohnungsbauendfinanzierungen bei zugleich geringem Neugeschäft.

Die DKB AG verlängerte im Berichtsjahr den Vertrag für die Lufthansa Miles & More Credit Card bis zum Jahr 2016. Das Portfolio umfasst rund 550.000 Kunden.

Im April senkte die DKB AG den Zins beim Ratenkreditangebot DKB-Privatdarlehen für Bestandskunden. Dadurch sollte die Hausbankbeziehung gestärkt werden. Das Angebot führte zu höheren Abschlussraten für das Privatdarlehen im Internet-Banking.

Darüber hinaus wurden die Produkte DKB-Vermieterplattform und DKB-Sparplan eingeführt. Mit einer neuen mobilen Webseite trägt die DKB AG den veränderten Nutzungs-

gewohnheiten der Zielgruppe und der zunehmenden Verbreitung von mobilen Endgeräten zur Internetnutzung Rechnung. Aktuell können die Kunden auf den Service „mobiler Finanzstatus“ zugreifen. Im Berichtszeitraum führte die Bank eine alternative Antragsstrecke für das DKB-Cash ein, bei der die Legitimation mit dem neuen Personalausweis vollständig online durchgeführt werden kann. Zudem richtete die Bank zusätzlich zum bestehenden Online-Cashback das Programm City-Cashback ein, bei dem DKB-Kunden Rabatte in Geschäften in zahlreichen deutschen Städten erhalten.

INFRASTRUKTUR

Der Bereich Infrastruktur zeigte im Jahr 2012 eine positive Entwicklung. In allen Kundengruppen wurde das Geschäft ausgebaut. Das Passivgeschäft verzeichnete einen signifikanten Anstieg. Die Einlagen nahmen um 2,9 Mrd. EUR auf 17,8 Mrd. EUR zu. Die größten Anstiege waren in den Kundengruppen Energie und Versorgung sowie Gesundheit und Pflege zu verzeichnen. Das Forderungsvolumen (nominal) im Bereich Infrastruktur stieg um 2,2 Mrd. EUR auf 28,9 Mrd. EUR. Haupttreiber waren die Kundengruppen Wohnen und Energie und Versorgung.

Wohnen

Das Geschäftsvolumen ist im Jahr 2012 weiter angestiegen. Im Fokus der DKB AG in der Kundengruppe Wohnen stand risikoarmes Wachstum. Die Wohnungswirtschaft war im Berichtszeitraum von intensiven Neubau- und Modernisierungsaktivitäten geprägt, die durch die Energiewende weiter angetrieben wurden. Insbesondere in den urbanen Ballungszentren waren steigende Immobilienpreise zu verzeichnen, was die Neubautätigkeit anregte und den Finanzierungsbedarf ansteigen ließ. Im Kreditgeschäft registrierte die DKB AG erheblichen Wettbewerb vor allem durch andere Banken und Versicherungen, die sich verstärkt bei risikoarmen Immobilienkrediten engagierten. Der Verkauf der DKB Immobilien AG-Gruppe erhöhte das der Kundengruppe zuzurechnende Forderungsvolumen, da die an die DKB Immobilien AG-Gruppe ausgereichten Kredite in diesem Zusammenhang in die Kundengruppe Wohnen des Bereichs Infrastruktur überführt wurden. Insgesamt stiegen die Kundenforderungen (nominal) um 1,1 Mrd. EUR auf 17,6 Mrd. EUR. Die Kundeneinlagen betragen zum Jahresende 3,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 3,4 Mrd. EUR). Einen bedeutenden Anteil an dieser Entwicklung hat das Geschäft mit Immobilienverwaltern. Hier ist es zudem gelungen, die Kundenbasis auf 4.100 Kunden zu erweitern (Vorjahr: 4.000).

Energie und Versorgung

Bei Energie und Versorgung waren die Rahmenbedingungen unverändert gut. Die gestiegene Nachfrage infolge der Energiewende sorgte für ein ausgesprochen positives Investitionsklima mit hohem Bedarf an Finanzierungen. Zudem hatten sich einige Kreditinstitute im vergangenen Jahr aus der Kommunalfinanzierung zurückgezogen, was jedoch nicht zu einem Nachlassen des Wettbewerbs führte. Der Wettbewerb konzentrierte sich vor allem auf Engagements mit niedrigem Risikoprofil. Die DKB AG nutzte sich bietende

Wachstumschancen. Die größten Zuwächse erreichte sie bei Kunden aus dem Energiesektor, insbesondere bei Stadtwerken, gefolgt von Kommunalkunden. Das Forderungsvolumen (nominal) der Kundengruppe Energie und Versorgung (ohne Kommunalkunden) wies einen Anstieg von 12,6 Prozent auf 3,9 Mrd. EUR aus. Bei den Kommunalkunden legte es um 4,5 Prozent auf 4,9 Mrd. EUR zu. Das Einlagenvolumen der gesamten Kundengruppe lag zum Jahresende bei 8,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 7,4 Mrd. EUR).

Gesundheit und Pflege

In der Gesundheits- und Pflegebranche herrschten auch im vergangenen Jahr positive Rahmenbedingungen. Das Versorgungsstrukturgesetz und die öffentlich kontrovers diskutierte Pflegereform entfalteten keinen negativen Einfluss auf das Investitionsklima. Die DKB AG blickt in der Kundengruppe auf ein von Wachstum gekennzeichnetes Geschäftsjahr zurück. Schwerpunkt der Tätigkeit lag darauf, die Kundenbasis zu erweitern und zugleich die Kundendurchdringung mit dem Ziel der Übernahme der Hausbankfunktion voranzutreiben. Die Entwicklung bei Ärzten und Zahnärzten blieb im Berichtszeitraum leicht hinter den Erwartungen, aber positiv. Bei Apotheken gelang es, die Kundenzahl deutlich auszubauen. Zum Jahresende 2012 lagen die Forderungen (nominal) bei 2,1 Mrd. EUR. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 24,1 Prozent. Das Einlagenvolumen zeigte einen überdurchschnittlichen Anstieg von 35,6 Prozent und summierte sich auf 4,4 Mrd. EUR. Dies geht in erster Linie auf Einlagen von Kunden aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenkassen und der Versorgungswerke zurück.

Bildung und Forschung

Die DKB AG erweiterte den Marktansatz in der Kundengruppe Bildung und Forschung um weitere bildungsnahe Einrichtungen wie Stiftungen, Studentenwerke, Sportverbände und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe. In einigen Bundesländern verschlechterten sich die Rahmenbedingungen von Schulen in freier Trägerschaft. Insgesamt wurde der Kundenbestand auf rund 3.000 ausgebaut (Vorjahr: 2.500). Das Forderungsvolumen (nominal) stieg zum Stichtag auf 0,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,4 Mrd. EUR). Die Kundeneinlagen kletterten um 0,4 Mrd. EUR auf 1,2 Mrd. EUR.

Public Private Partnership und Bürgerbeteiligung

Public-Private-Partnership-Projekte (PPP) bewegen sich als alternative Beschaffungsform der öffentlichen Hand weiterhin in einem schwierigen Marktumfeld. Investitionsschwerpunkte liegen bei kleinen, kommunalen Projekten. Die DKB AG konzentrierte sich vor allem auf Finanzierungen für Schulen, Kitas sowie Contractingvorhaben. Im zweiten Halbjahr führte die DKB AG das Produkt DKB-Bürgersparen ein, um das Zukunftsthema Bürgerbeteiligung voranzutreiben. Das Anlageprodukt richtet sich an Initiatoren aus dem Zielkundenbereich. Dies sind Stadtwerke, Landwirte oder Wohnungsunternehmen, die Investitionen in erneuerbare Energien oder andere regionale Infrastrukturvorhaben unter Beteiligung von Bürgern finanzieren wollen. Erste Kunden wurden gewonnen.

FIRMENKUNDEN

Das Firmenkundengeschäft der DKB AG war im vergangenen Jahr von risikokapital-schonendem Wachstum geprägt. Insgesamt erhöhte sich das Forderungsvolumen (nominal) um 19,0 Prozent auf 10,4 Mrd. EUR. Maßgeblich dazu beigetragen hat die positive Entwicklung in den Kundengruppen Umwelttechnik und Landwirtschaft und Ernährung. Das Einlagenvolumen verzeichnete einen Anstieg um 31,6 Prozent auf 2,8 Mrd. EUR. Im Einlagengeschäft wurden in allen Kundengruppen Steigerungen erzielt. Im Fokus der Geschäftstätigkeit standen weiterhin die Neukundengewinnung und die Übernahme der Hausbankfunktion.

Umwelttechnik

Die Kundengruppe Umwelttechnik unterlag im abgelaufenen Geschäftsjahr umfangreichen Änderungen bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Zu Jahresbeginn trat die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Kraft. Kurz danach erfolgte eine Überarbeitung mit dem Ziel, die Einspeisevergütung für Photovoltaik noch schneller abzusenken. Hintergrund waren die starke Ausweitung der Photovoltaikanlagen im Jahr 2011 und die damit verbundenen Kosten. Die öffentliche Debatte hatte zunächst eine niedrigere Investitionstätigkeit zur Folge. Im Jahresverlauf belebte sich die Nachfrage aber wieder, da der Gesetzgeber für ausreichende Übergangsfristen gesorgt hatte. Die DKB AG nutzte die hohe Nachfrage bei Projektfinanzierungen für Windenergie und Photovoltaik zu einer Ausweitung des Geschäftsvolumens. Die deutsche Solarindustrie erlebte 2012 eine schwere Krise mit Insolvenzen und hohen Verlusten bei zahlreichen Anlagenbauern. Die DKB AG ist aufgrund ihrer Fokussierung auf die Stromerzeugerseite von dieser Entwicklung nicht betroffen. Das Forderungsvolumen (nominal) in der Kundengruppe stieg auf 5,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,4 Mrd. EUR). In diesem Wert enthalten sind 0,3 Mrd. EUR, die sich aus einer Umgliederung von Finanzierungen von Biogasanlagen aus der Kundengruppe Landwirtschaft und Ernährung zu Umwelttechnik ergeben haben. Das Volumen der Kundeneinlagen wuchs um 53,4 Prozent auf 0,6 Mrd. EUR. Primäre Ursache war die gute Ertragslage der Kunden im Windsektor.

Landwirtschaft und Ernährung

Die Kundengruppe Landwirtschaft und Ernährung war von grundsätzlich günstigen Geschäftsbedingungen geprägt. Die wichtigste Zielkundengruppe stellen Landwirtschaftsbetriebe dar. Trotz Schwierigkeiten aufgrund hoher Rohstoff- und Futterkosten sahen sich diese im Berichtszeitraum insgesamt in einer guten wirtschaftlichen Verfassung. Die DKB AG profitierte davon unter anderem durch ein Wachstum bei Krediten für Erweiterungen und Modernisierungen von Stallanlagen und den Erwerb von Agrarflächen. In der Folge stieg der Marktanteil im Landwirtschaftsgeschäft in den neuen Bundesländern um 1,7 Prozentpunkte auf 45,0 Prozent (eigene Erhebung). Die Kundenzahl in den alten Bundesländern erhöhte sich um 130. Für die Ernährungswirtschaft stellte sich die Lage im Jahr 2012 schwierig dar. Dies resultierte maßgeblich aus gestiegenen Rohstoffkosten und einem intensiven Wettbewerb. Unter Abwägung von Risikogesichtspunkten engagierte sich die DKB AG in diesem Teilbereich lediglich sehr selektiv. Das

gesamte Forderungsvolumen (nominal) in der Kundengruppe erhöhte sich auf 2,5 Mrd. EUR (Vorjahr unter Berücksichtigung der Umgliederung der Finanzierungen für Biogasanlagen: 2,1 Mrd. EUR). Die Kundeneinlagen betragen 1,0 Mrd. EUR. Dies entspricht einer Zunahme von 19,8 Prozent. Insgesamt betreut die DKB AG zum Stichtag 6.900 Kunden in der Kundengruppe.

Tourismus

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der DKB AG in der Kundengruppe Tourismus waren Ferien- und Wellnesshotels in den neuen Bundesländern sowie den Küstenregionen der Nord- und Ostsee. Deren Geschäftstätigkeit wurde gestützt von einem starken Inlandstourismus. Hotelunternehmen investierten in die Modernisierung und Erweiterung ihrer Kapazitäten, was eine stabile Nachfrage nach Finanzierungen nach sich zog. Einen Impulsgeber dieser Entwicklung stellte immer noch die Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungen dar. Die DKB AG engagierte sich im Jahr 2012 vorwiegend in den Bereichen nachhaltiger Tourismus und Städtetourismus. Das Forderungsvolumen (nominal) lag zum Stichtag bei 1,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,0 Mrd. EUR).

Freie Berufe

In der Kundengruppe Freie Berufe setzte sich die positive Entwicklung der Vorjahre fort – besonders beim Passivgeschäft. Die Bank erreichte in den neuen Bundesländern einen hohen Marktanteil. Bei den rechts- und steuerberatenden Berufen lag dieser nach eigenen Erhebungen bei 25,3 Prozent. Dies machte im Berichtszeitraum eine regionale Differenzierung der Geschäftsstrategie notwendig: In den neuen Bundesländern legte die DKB AG den Fokus auf die Intensivierung der Kundenbeziehungen. In den alten Bundesländern stand weiterhin der Ausbau von Marktanteilen im Vordergrund. Der Kundestamm bei den freien Berufen konnte um 2.600 auf 19.400 ausgebaut werden. Das Einlagenvolumen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 30,8 Prozent auf 1,0 Mrd. EUR. Das Forderungsvolumen (nominal) betrug 0,9 Mrd. EUR. Enthalten ist ein Zuwachs von 11,2 Prozent.

FINANZMÄRKTE

Vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise haben die Aktienmärkte erneut ein bewegtes Jahr hinter sich. Nach starken ersten Monaten erreichte der DAX im März ein Zwischenhoch bei rund 7.200 Punkten. Anfang Juni fiel der DAX wieder unter 6.000 Punkte. Die Ankündigung der EZB, im Bedarfsfall unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen, läutete eine erneute Rallye ein. Zum Jahresende notierte der deutsche Leitindex bei 7.612 Punkten.

Die Renditen deutscher Staatsanleihen profitierten weiter von der anhaltenden Unsicherheit. Die zehnjährige Bundrendite erreichte zur Jahresmitte ein neues Rekordtief bei 1,17 Prozent. Mit dem zunehmenden Optimismus der Marktteilnehmer hinkte die Performance von Bundesanleihen dann erwartungsgemäß anderen Staatspapieren des Euro-raums hinterher. Dies betrifft vor allem Staatsanleihen aus den Peripherieländern des

Euroraums. Zum Jahresende rentierten zehnjährige Bundesanleihen auf dem nach wie vor äußerst niedrigen Niveau von 1,32 Prozent.

Die DKB AG verzeichnete ein positives Bewertungsergebnis bei den Finanzanlagen. Die Grundlage dafür bildeten die in den letzten Jahren vorgenommene Diversifikation der Rentenbestände des Liquiditätsbestands der DKB AG in Emittenten der Euro-Kernländer sowie die weiterhin hohe Nachfrage nach Rentenpapieren hoher Bonität. Das Exposure in Schuldtiteln von Emittenten aus den unter Druck geratenen EU-Krisenstaaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) wurde weiter reduziert und lag zum Stichtag bei 134 Mio. EUR. Dabei entfielen auf italienische Emittenten etwa zwei Drittel.

Die DKB AG baute den Bestand an hochliquiden Aktiva um rund 1,3 Mrd. EUR weiter aus, um zukünftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Liquidität zu erfüllen.

Die DKB AG behielt im vergangenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsstrategie bei und generierte Liquiditätsmittel im Wesentlichen aus Kundeneinlagen sowie aus dem Förderbanken- und Pfandbriefgeschäft. Der Fokus lag unverändert auf weitgehender Unabhängigkeit vom Interbankenmarkt. Dabei waren die Kundeneinlagen unverändert die bedeutendste Refinanzierungsquelle. Sie summierten sich zum Jahresende 2012 auf insgesamt 38,8 Mrd. EUR. Dies sind 6,0 Mrd. EUR mehr als zum Jahresende 2011.

Das Fördergeschäft trug mit einem Neugeschäftsvolumen von 2,3 Mrd. EUR zu einer zinsgünstigen Refinanzierung bei. Überdurchschnittlich stark wurden mit 0,9 Mrd. EUR Programmkredite für Erneuerbare-Energien-Projekte bei der KfW Bankengruppe nachgefragt. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank wurde durch den Abschluss eines weiteren Globaldarlehens Erneuerbare Energien über 0,2 Mrd. EUR verstetigt.

Über die Emission von Hypothekendarlehen und Öffentlichen Pfandbriefen generierte die DKB AG weitere mittel- und langfristige Investorengelder in Höhe von über 0,75 Mrd. EUR. Die Ratingagentur Moody's beurteilt die Öffentlichen Pfandbriefe mit der Ratingnote „Aa1“ und die Hypothekendarlehen mit „Aa2“.

NICHT-KERNGESCHÄFT

Zu den als nicht mehr strategiekonform identifizierten Geschäften zählen die nichtstrategischen Beteiligungen im DKB-Konzern (einschließlich der damit verbundenen von der DKB AG ausgereichten Refinanzierungsmittel), der Wertpapierbestand (Depot A) ohne den seit 2010 aufgebauten Liquiditätsbestand sowie definierte Kundenkreditbestände.

Die DKB AG setzte im Jahr 2012 den planmäßigen Abbau fort, wie bisher hauptsächlich durch Kreditrückführungen, Tilgungen und Verkäufe. Zum Stichtag betrug das Forderungsvolumen in diesem Bereich 1,1 Mrd. EUR und damit fast um die Hälfte weniger als noch vor einem Jahr (Vorjahr: 1,9 Mrd. EUR). Der Rückgang ist in erster Linie auf die Untergruppe Beteiligungen mit einer Abnahme um rund 80 Prozent bzw. 0,7 Mrd. EUR zurück-

zuführen. Des Weiteren konnten bei den Kundenkreditbeständen größere Bauträgerfinanzierungen abgerechnet werden. Im Vergleich zum Anfangsbestand des Nicht-Kerngeschäfts per 31. Dezember 2008 wurde das Forderungsvolumen insgesamt um 68 Prozent (2,3 Mrd. EUR) und die Zahl der Geschäftspartner um rund 80 Prozent gesenkt.

Den Wertpapierbestand reduzierte die DKB AG im Vergleich zum Vorjahr um rund 60 Prozent, indem sie sich bietende Marktgelegenheiten konsequent zum Verkauf nutzte. In diesem Zusammenhang wurden 0,3 Mrd. EUR an unbesicherten Bankschuldverschreibungen und anderen Unternehmensanleihen abgebaut.

BETEILIGUNGEN

DKB Immobilien AG-Gruppe

Im März verkaufte die DKB AG die DKB Immobilien AG-Gruppe. Das Unternehmen war gemessen am Eigenkapital die mit Abstand größte Beteiligung der DKB AG. Der Käufer, die TAG Immobilien-Gruppe aus Hamburg, entschied ein Bieterverfahren für sich und übernahm alle Anteile an der Gesellschaft. Eine Geschäftsverbindung zwischen DKB Immobilien AG-Gruppe und DKB AG besteht nunmehr im Rahmen einer Kundenbeziehung im Kerngeschäft der Bank. Dementsprechend wurden die an die DKB Immobilien AG-Gruppe ausgereichten Kredite in Höhe von 0,7 Mrd. EUR dem Bereich Infrastruktur zugeordnet.

SKG BANK AG

Die SKG BANK AG behauptete sich im Jahr 2012 als Anbieter von Kredit- und Einlageprodukten für Privatkunden am Markt. Das Forderungsvolumen erhöhte sich um 2,0 Prozent auf 1,5 Mrd. EUR. Die Kundeneinlagen gaben leicht auf 0,9 Mrd. EUR nach (Vorjahr: 0,8 Mrd. EUR). Dies resultierte vor allem aus einem Rückgang der Retailanlagen aufgrund von Zinsanpassungen bei den Passivprodukten der Bank. Bei Privatdarlehen wurde Neugeschäft in Höhe von 65 Mio. EUR generiert. Dies entspricht 20,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Bank baute das Geschäftsfeld zur Produktion von Privatdarlehen und von banknahen Dienstleistungen wie geplant auf weitere Kunden aus. Dabei ist es der SKG BANK AG gelungen, Sparkassen als Kunden von banknahen Dienstleistungen und als Partner im Eigengeschäft zu akquirieren. Im Berichtszeitraum wurde das SKG-Cash als nichtstrategisches Produkt identifiziert und der Vertrieb eingestellt. Die SKG-Cash-Konten wurden auf die DKB AG übertragen. Darüber hinaus stärkte die SKG BANK AG ihre Eigenmittel durch die Ausgabe von Genussscheinen.

DKB Grundbesitzvermittlung GmbH

Die DKB Grundbesitzvermittlung GmbH konzentrierte sich im Jahr 2012 auf den Ausbau des Immobilienvermittlungsgeschäfts. Der Geschäftsverlauf war geprägt von erhöhten Transaktionsvolumina und gestiegenen Absatzzahlen bei Immobilienvermittlungen. Treiber der Entwicklung war ein erheblicher Nachfrageboom nach deutschen Immobilien. Immer mehr Privatkunden investierten angesichts Staatsschuldenkrise, Inflations Sorgen

und eines niedrigen Zinsumfelds in Immobilien. Dies führte zu einem reduzierten Angebot und weiter gestiegenen Preisen. Der Finanzdienstleistungsbereich der DKB-Grundbesitzvermittlungs GmbH entwickelte sich insbesondere aufgrund rückläufiger Prolongationen verhalten. Die Zuwächse beim Neugeschäft mit Immobilienfinanzierungen konnten dies nicht vollständig kompensieren.

FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH

Die FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH betreibt den Erwerb, das Servicing sowie die Realisierung von besicherten und unbesicherten gekündigten Forderungen. Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschaft das Ankaufsvolumen bei notleidenden Immobilienkrediten verringert. Dies wurde durch verstärkte Servicingaktivitäten kompensiert. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent auf 11,8 Mio. EUR.

DKB Finance-Gruppe

Im DKB-Konzern ist die DKB Finance-Gruppe das Kompetenzzentrum für die Übernahme und Entwicklung von Unternehmensbeteiligungen und gewerblichen Immobilienprojekten. Im Jahr 2012 hat sich die Gesellschaft entsprechend ihrer strategischen Ausrichtung weiterhin auf die Entwicklung und Veräußerung bestehender Beteiligungen konzentriert. Es wurde eine Reihe von Beteiligungen der DKB Finance GmbH veräußert. Dazu zählten der Verkauf sämtlicher Anteile an einem Sicherheitssoftwareunternehmen und der Verkauf zweier touristischer Objekte. Insgesamt schloss die DKB Finance-Gruppe das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis.

Der im Jahr 2010 bei der Stadtwerke Cottbus GmbH eingeleitete strategische Verkaufsprozess wurde im vergangenen Geschäftsjahr weiter vorangetrieben, aber noch nicht abgeschlossen. Es wurden Gespräche mit Interessenten geführt.

DKB Service GmbH

Im Jahr 2011 bestand die Geschäftstätigkeit der DKB Service GmbH im Wesentlichen aus der Erbringung von Dienstleistungen für die DKB AG. Der Schwerpunkt lag auf dem Privatkundenbereich mit der Bearbeitung von Massenprozessen. Für die Bereiche Infrastruktur- und Firmenkunden stand die standardisierte Datenpflege, wie etwa die Sicherheitenverwaltung, im Vordergrund.

Sonstige Beteiligungen

Die DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung GmbH mit ihren wesentlichen Tochterunternehmen DKB Wohnen GmbH und Bauland GmbH hat im Jahr 2012 weiter die Abarbeitung des Altgeschäfts der Baumanagementunternehmen und die Abwicklung der in diesem Geschäftsfeld verbliebenen Geschäftsaktivitäten betrieben. Die Umsetzung verläuft entsprechend der Planung. Die Hotelbetriebsgesellschaft Zwickau GmbH wurde an den Eigentümer der Immobilie veräußert.

PERSONAL

Im Geschäftsjahr 2012 beschäftigte die DKB AG durchschnittlich 1.320 Mitarbeiter (Kapazitäten). Die Besetzung von offenen Positionen erfolgte in erster Linie konzernintern. Bei erforderlichen Neueinstellungen konzentrierte sich die DKB AG wie bereits im Vorjahr auf Hochschulabsolventen als Nachwuchskräfte.

Im Rahmen ihrer Nachwuchsförderung bietet die DKB AG jungen Studierenden Praktikumsplätze und die Beschäftigung als Werkstudent an. Darüber hinaus förderte die DKB AG durch die Vergabe von Deutschlandstipendien leistungsstarke Studenten.

Im Berichtszeitraum nahm die DKB AG an der „Great Place to Work“-Benchmarkstudie teil, um eine Standortbestimmung der Arbeitsplatzkultur vorzunehmen. Die DKB AG wurde mit dem Siegel „Great Place to Work“ als einer der 100 besten Arbeitgeber in Deutschland ausgezeichnet.

Die Beschäftigung von Zeitarbeitskräften erfolgte insbesondere in der DKB Service GmbH und blieb auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert. Es erfolgten im Berichtszeitraum auch Übernahmen in ein Vertragsverhältnis mit der DKB AG. Wie bereits in den Vorjahren wurden zur vorübergehenden Unterstützung einzelner Organisationseinheiten der DKB AG bei Bedarf Mitarbeiter der DKB Service GmbH eingesetzt.

Im Jahr 2012 wurde das Vergütungssystem der Bank weiter an die regulatorischen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung angepasst. Den jährlichen Vergütungsbericht veröffentlicht die DKB AG gesondert im Internet.

Aus- und Weiterbildung

Die DKB Management School bot den Mitarbeitern und Führungskräften Fachweiterbildungen, Kompetenztrainings, Workshops für die Gesundheit sowie Angebote für die Familie.

Einen Schwerpunkt des Programms bildete das Thema Beruf und Gesundheit. Hier wurden Seminare zum Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit mit neuen Angeboten für die Familie weiterentwickelt und ausgebaut. Über die Kooperation mit externen Partnern erhalten Mitarbeiter seit 2012 Unterstützung im Rahmen der Kinderbetreuung sowie der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger und können sich regelmäßig einem Gesundheitscheck unterziehen.

Den Führungskräften der DKB AG kam eine wichtige Rolle bei der Verankerung des Themas Beruf und Gesundheit in der DKB AG zu. Mit Seminarangeboten zum gesundheitsorientierten Führen von Mitarbeitern werden Führungskräfte in ihrer Mitverantwortung für die Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter gestärkt.

Im Jahr 2012 schlossen 21 Mitarbeiter ihre nebenberufliche Weiterbildung zum zertifizierten Gesundheitscoach an der H:G Hochschule für Gesundheit und Sport Berlin ab. Sie

erwarben im Rahmen des zwölfmonatigen Studiengangs umfassendes gesundheitliches Know-how und bringen dieses seitdem für sich und ihre Kollegen am Arbeitsplatz zum Einsatz.

161 Seminarveranstaltungen wurden angeboten, an denen insgesamt 989 Mitarbeiter und Führungskräfte teilnahmen. An externen Seminaren nahmen 235 Mitarbeiter und Führungskräfte mit insgesamt 581 Schulungstagen teil.

ERTRAGSLAGE

<i>in Mio. EUR</i>	01.01.– 31.12.2012	01.01.– 31.12.2011	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Zinsüberschuss	596,4	621,9	-25,5	-4,1
Zinserträge	2.469,6	2.405,7	63,9	2,7
Zinsaufwendungen	1.873,2	1.783,8	89,4	5,0
Provisionsergebnis	-4,7	4,2	-8,9	<-100,0
Provisionserträge	264,8	249,9	14,9	6,0
Provisionsaufwendungen	269,5	245,7	23,8	9,7
Verwaltungsaufwendungen	283,4	264,8	18,6	7,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge	-6,1	-10,7	4,6	43,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	302,2	350,6	-48,4	-13,8
Risikovorsorge	117,3	223,0	-105,7	-47,4
Bewertungsergebnis	6,1	1,7	4,4	>100,0
Operatives Ergebnis	191,0	129,3	61,7	47,7
Außerordentliches Ergebnis	41,0	-10,1	51,1	>100,0
Ergebnis vor Steuern	232,0	119,2	112,8	94,6
Ertrag- und Sonstige Steuern	19,1	1,3	17,8	>100,0
Abgeführte Gewinne	251,1	120,5	130,6	>100,0
Ergebnis nach Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0

Während sich die konjunkturellen Erholungstendenzen in verschiedenen Weltregionen 2012 stabilisiert haben, bleibt der Euroraum vorerst größtes Sorgenkind der Weltwirtschaft. Die Konjunktur in Europa leidet weiterhin unter der Staatsschuldenkrise. Auch Deutschland konnte sich dem allgemeinen Abwärtstrend im Euroraum nicht entziehen. Infolgedessen wurde das Jahr 2012 nur mit einem leichten BIP-Wachstum abgeschlossen. Die Volkswirtschaften der südeuropäischen Staaten hingegen sind aufgrund der restrikti-

ven Finanzpolitik und der Verringerung der in den Vorjahren kräftig gestiegenen Neuverschuldungen von Unternehmen und privaten Haushalten deutlich geschrumpft. Belastend wirkt sich zudem die Unsicherheit über die Zukunft der Währungsunion aus, da diese zu Zurückhaltung bei Investitionen führt. Aufgrund dessen kann im Euroraum bisher nicht von einer Überwindung der seit 2007 anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise ausgegangen werden.

Um die Lage an den Finanzmärkten zu beruhigen und marktbedingte Liquiditätsengpässe zu vermeiden, versorgt die EZB die europäischen Banken mit ausreichend Liquidität – seit Ende 2011 wurden in zwei Tranchen brutto insgesamt rund 1 Bio. EUR mittels Dreijahrestender zur Verfügung gestellt. Zudem unterstützt die EZB diese Maßnahme, indem sie den Leitzins zu Beginn des zweiten Halbjahres 2012 auf 0,75 Prozent senkte.

Das Marktumfeld ist durch Unsicherheiten der Staatsschulden- und Finanzmarktkrise sowie eine rückläufige Entwicklung des originären Kredit- und Einlagengeschäfts aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus geprägt. Vor diesem Hintergrund konnte sich die DKB AG im vergangenen Geschäftsjahr gut behaupten und das operative Ergebnis auf 191,0 Mio. EUR erhöhen. Den an die BayernLB abzuführenden Gewinn konnte die DKB AG auf 251,1 Mio. EUR mehr als verdoppeln.

Der 2012 erzielte **Zinsüberschuss** beträgt 596,4 Mio. EUR und liegt somit 4,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Enthalten sind Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen. Der Anstieg der Zinserträge spiegelt insbesondere die Ausweitung des durchschnittlichen Kreditvolumens im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft mit Kunden und Kreditinstituten sowie die Margenverbesserung in diesem Geschäft wider. Zudem konnte die Bank infolge des weiteren Ausbaus des aufsichtsrechtlichen Liquiditätsbestands gegenüber dem Vorjahr um 15,5 Prozent gestiegene Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen in Höhe von insgesamt 52,9 Mio. EUR vereinnahmen. Demgegenüber erhöhten sich die Nettozinsaufwendungen aus Zinsaustauschvereinbarungen – bedingt durch die Anpassung an das 2012 gesunkene Zinsniveau – deutlich.

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich entsprechend dem geringeren Volumen im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Demgegenüber erhöhten sich die Zinsaufwendungen aus dem Kundengeschäft – trotz Anpassungen der Konditionen an das gesunkene Zinsniveau – aufgrund der deutlichen Zunahme der Kundeneinlagen.

Das **Provisionsergebnis** beträgt – 4,7 Mio. EUR und liegt damit unter dem Vorjahresniveau von 4,2 Mio. EUR. Es ist strukturell durch die Neukundengewinnung und das Kreditkartengeschäft im Bereich Privatkunden geprägt. Die gestiegenen Nettoerträge aus dem Kreditkarten- und Co-Branding-Geschäft wurden durch höhere Provisionsaufwendungen im Zahlungsverkehr überkompensiert. Die gezahlten Vermittlergebühren bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Der **Verwaltungsaufwand** beträgt 283,4 Mio. EUR. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr betrifft sowohl die Personal- als auch die anderen Verwaltungsaufwendungen. Die höheren Personalkosten sind insbesondere begründet durch die vereinbarte Tarifierhöhung im Bankengewerbe und den erforderlichen Mitarbeiteraufbau, unter anderem infolge neuer regulatorischer Vorschriften. Die gestiegenen anderen Verwaltungsaufwendungen resultieren maßgeblich aus höheren variablen Kosten zur Erzielung des Geschäfts- und Kundenzuwachstums. Zudem war der Verwaltungsaufwand im Vorjahr durch entlastende Sondereffekte gekennzeichnet. Die Cost Income Ratio für 2012 belief sich auf 45,8 Prozent und liegt damit im Branchenvergleich weiterhin auf einem sehr guten Niveau.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** beträgt –6,1 Mio. EUR. Der Anstieg um 4,6 Mio. EUR resultiert einerseits aus geringeren Einzahlungen in den Schadens- und Missbrauchspool für das Kreditkartengeschäft aufgrund präventiver Maßnahmen gegen den Kreditkartenmissbrauch. Andererseits hat sich die in den sonstigen Aufwendungen ausgewiesene Bankenabgabe aufgrund der 2012 erfolgten Anpassung der Restrukturierungsfondsverordnung reduziert. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Sondereffekte aus Betriebsprüfungen verarbeitet.

Die Aufwendungen für die **Risikovorsorge** verringerten sich 2012 auf 117,3 Mio. EUR. Ursachen hierfür waren die im Vorjahr gebildete Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB in Höhe von 40,0 Mio. EUR, Wertaufholungen und Kursgewinne der Wertpapiere sowie die im Vorjahr erfolgte Abwertung einer in der Liquiditätsreserve ausgewiesenen griechischen Staatsanleihe auf den Marktwert. Die Nettozuführungen zu den Einzel- und Pauschalwertberichtigungen für das Kreditgeschäft bewegen sich mit 144,3 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Der Gesamtbestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zum 31. Dezember 2012 beträgt 413,7 Mio. EUR.

Im **Bewertungsergebnis** spiegeln sich die Verkaufsgewinne und -verluste sowie die Zuschreibungen aus Wertpapierbeständen des Anlagevermögens wider.

Das **außerordentliche Ergebnis** beinhaltet insbesondere die Erträge und Aufwendungen aus dem Verkauf der DKB Immobilien AG sowie Restrukturierungsaufwendungen, die sich aus der Umsetzung der für die DKB AG als Teil des BayernLB-Konzerns festgelegten Restrukturierungsmaßnahmen ergeben haben. Dazu zählen Programme bei Tochterunternehmen sowie daraus resultierende Aufwendungen für Verlustübernahmen der Jahresergebnisse.

Das **Ergebnis vor Steuern** des Geschäftsjahres 2012 wurde um 112,8 Mio. EUR auf 232,0 Mio. EUR gesteigert. Der Anstieg lässt sich im Wesentlichen auf die geringeren Risikovorsorgeaufwendungen sowie die außerordentlichen Erträge aus dem Verkauf der DKB Immobilien AG zurückführen. Kompensierend wirkte insbesondere der Zinsüberschuss, der sich aufgrund des gestiegenen Aufwands aus den Zinstauschvereinbarungen – bedingt durch die Anpassung an das gesunkene Zinsniveau – reduziert hat.

Der in der **Steuerposition** ausgewiesene Ertrag resultiert aufgrund des mit Wirkung zum 1. Januar 2009 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrags mit der BayernLB maßgeblich aus einer abgeschlossenen Betriebsprüfung der Vorjahre.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Bilanzsumme der DKB AG zum 31. Dezember 2012 wurde gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Mrd. EUR auf 66,1 Mrd. EUR erhöht. Der Zuwachs resultiert sowohl aus den Forderungen an Kunden, die um 2,5 Mrd. EUR auf 53,6 Mrd. EUR angestiegen sind, als auch aus dem gleichfalls um 2,5 Mrd. EUR auf 6,8 Mrd. EUR gestiegenen Bestand der Forderungen an Kreditinstitute. Im Rahmen der konzerninternen Refinanzierung wurden Kundeneinlagen in Form von Schuldscheindarlehen an die BayernLB in Höhe von 1,8 Mrd. EUR weitergereicht. Überdies ist der Anstieg der Bilanzsumme durch den um 0,6 Mrd. EUR höheren Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren begründet. Der höhere Forderungsbestand konnte auf der Passivseite durch das Wachstum der Kundeneinlagen und der verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von 6,8 Mrd. EUR refinanziert werden.

Entsprechend der Entwicklung der Bilanzsumme erhöhte sich auch das Geschäftsvolumen (bestehend aus Bilanzsumme und Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen) um 5,5 Mrd. EUR auf 66,6 Mrd. EUR.

Aktiva	2012	2011	Veränderung	
			absolut	in %
<i>in Mio. EUR</i>				
Barreserve	627,4	588,8	38,6	6,6
Forderungen an Kreditinstitute	6.826,2	4.322,5	2.503,7	57,9
Forderungen an Kunden	53.620,9	51.110,6	2.510,3	4,9
Schuldverschreibungen/ andere festverzinsliche Wertpapiere	4.777,2	4.142,1	635,1	15,3
Aktien/ andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	120,5	122,5	-2,0	-1,6
Beteiligungen/ Anteile an verbundenen Unternehmen	122,2	221,9	-99,7	-44,9
Treuhandvermögen	11,2	11,6	-0,4	-3,4
Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Aktivposten	35,5	60,2	-24,7	-41,0
Summe Aktiva	66.141,1	60.580,2	5.560,9	9,2

Der Anstieg der **Forderungen an Kreditinstitute** im Berichtszeitraum um 2,5 Mrd. EUR auf 6,8 Mrd. EUR ist zurückzuführen auf den höheren Darlehensbestand gegenüber der BayernLB im Rahmen konzerninterner Refinanzierungen und den infolge der Liquiditätszuflüsse aus dem Einlagengeschäft gestiegenen Bestand an Tages- und Termingeldern.

Die **Forderungen an Kunden** konnten gegenüber dem Vorjahresstichtag um 4,9 Prozent auf 53,6 Mrd. EUR gesteigert werden. Der Anstieg ist insbesondere durch das Neugeschäft in den Bereichen Infrastruktur und Firmenkunden begründet.

Hinter dem Ausbau des Kreditvolumens im Bereich Infrastruktur standen vor allem das Wachstum in den alten Bundesländern und die hohe Marktpräsenz in den neuen Bundesländern. Positiv wirkten sich insbesondere die gute Marktposition in den Zielbranchen Wohnen und Energie und Versorgung sowie die bessere Marktdurchdringung in der Kundengruppe Gesundheit und Pflege aus. Durch diese Wachstumsträger konnte der Bestand der Kundenforderungen um 2,2 Mrd. EUR auf 28,9 Mrd. EUR erhöht werden.

Der Bereich Firmenkunden konnte im Berichtsjahr seine Marktstellung festigen und ausbauen – und das angesichts eines Marktumfelds, das von einer anhaltend hohen Wachstumsdynamik, sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen sowie Unsicherheiten in Bezug auf die Rahmenbedingungen für Investitionen geprägt ist. Der Zuwachs im Firmenkundengeschäft um 1,7 Mrd. EUR auf 10,4 Mrd. EUR wurde vor allem durch die Wachstumsbranchen Erneuerbare Energien und Landwirtschaft getragen. Der Anstieg basiert auf der weiterhin hohen Nachfrage nach Projektfinanzierungen für Windenergie- und Photovoltaikanlagen sowie der Bereitschaft der Landwirte, in landwirtschaftsnahe Immobilien zu investieren.

Im Privatkundengeschäft ist die gleichbleibend hohe Neukundengewinnung hervorzuheben. Im Jahr 2012 wurden 285.000 Privatkunden hinzugewonnen. Damit stieg die Zahl der DKB-Privatkunden auf rund 2,47 Millionen. Den größten Anteil an dieser Entwicklung haben das DKB-Cash sowie das Co-Branding-Kreditkartengeschäft. Der Forderungsbestand im Privatkundengeschäft sank planmäßig durch Kredittilgungen bei geringem Neugeschäft um 0,6 Mrd. EUR auf 13,6 Mrd. EUR.

Die DKB AG ist als Bestandteil des BayernLB-Konzerns in dessen im Jahr 2009 begonnene strategische Neuausrichtung einbezogen. In diesem Zusammenhang wurde auf Basis des angepassten Geschäftsmodells der DKB AG das Nicht-Kerngeschäft definiert. Die hierin gebündelten, nicht mehr strategiekonformen Kreditportfolios sind im Berichtsjahr um 0,8 Mrd. EUR auf 1,1 Mrd. EUR reduziert worden. Der Rückgang ist maßgeblich auf den Verkauf der DKB Immobilien AG zurückzuführen, da die ausgereichten Kredite in das Geschäftsfeld Infrastruktur überführt wurden.

Der Bestand an **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** erhöhte sich um 0,6 Mrd. EUR und wird mit 4,8 Mrd. EUR ausgewiesen. Der Zuwachs basiert auf Zukäufen, die zur Erhöhung des im Hinblick auf Basel III / CRD IV vorzuhaltenden aufsichtsrechtlichen Liquiditätsbestands beitrugen. Kompensierend wirkten sich Verkäufe von Wertpapierbeständen des nichtstrategischen Portfolios sowie planmäßige Fälligkeiten aus. Der Anteil von Anleihen und Schuldverschreibungen von Kreditinstituten betrug zum Stichtag 47,8 Prozent.

Das Volumen der **Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere** bewegt sich mit 0,1 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** betragen 0,1 Mrd. EUR. Der Rückgang um 0,1 Mrd. EUR ist auf den Verkauf der DKB Immobilien AG zurückzuführen.

Passiva	2012	2011	Veränderung	
			absolut	in %
<i>in Mio. EUR</i>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.509,2	21.176,2	- 1.667,0	- 7,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38.803,3	32.816,6	5.986,7	18,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.453,6	3.591,3	862,3	24,0
Treuhandverbindlichkeiten	11,2	11,6	- 0,4	- 3,4
Sonstige Verbindlichkeiten	283,7	151,5	132,2	87,3
Übrige Passivposten	12,7	14,6	- 1,9	- 13,0
Rückstellungen	145,6	97,2	48,4	49,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	487,7	487,7	0,0	0,0
Genussrechtskapital	18,2	17,6	0,6	3,4
Fonds für allgemeine Bankrisiken	80,0	0,0	80,0	>100,0
Eigenkapital	2.335,9	2.215,9	120,0	5,4
Summe Passiva	66.141,1	60.580,2	5.560,9	9,2

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich um 7,9 Prozent auf 19,5 Mrd. EUR. Der Rückgang ist insbesondere von Darlehensfälligkeiten sowie einem geringeren Refinanzierungsvolumen durch Offenmarkt- und Wertpapierleihegeschäfte geprägt. Demgegenüber hat sich der Bestand an Förderdarlehen erhöht.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** wurden deutlich um 6,0 Mrd. EUR auf 38,8 Mrd. EUR gesteigert. Neben der kontinuierlichen Emission von Namenspfandbriefen ist dies im Wesentlichen auf die erst sukzessive an das gesunkene Zinsniveau angepassten Einlagenkonditionen zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde von allen Geschäftsbereichen getragen.

Das Einlagengeschäft der Infrastrukturkunden verzeichnete eine im Vergleich zum Vorjahr dynamischere Entwicklung, die sich in einem deutlichen Anstieg des Anlagevolumens um 2,9 Mrd. EUR auf 17,8 Mrd. EUR widerspiegelt. Maßgeblichen Anteil hieran hatten die Kundengruppen Gesundheit und Pflege sowie Energie und Versorgung.

Parallel zu den im Berichtsjahr neu gewonnenen Privatkunden nahmen auch die Kundeneinlagen in diesem Bereich um 2,2 Mrd. EUR auf 13,6 Mrd. EUR zu.

Überdies erhöhten sich in allen Kundengruppen des Bereichs Firmenkunden die Einlagen, wodurch das Anlagevolumen deutlich um 31,6 Prozent auf 2,8 Mrd. EUR gesteigert wurde.

Der Bestand an **verbrieften Verbindlichkeiten**, zu denen öffentliche und hypothekarische Pfandbriefe ebenso gehören wie Inhaberschuldverschreibungen, ist im Berichtszeitraum um 0,9 Mrd. EUR auf 4,5 Mrd. EUR erhöht worden.

Die **nachrangigen Verbindlichkeiten** werden mit einem Volumen von 0,5 Mrd. EUR unverändert im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Der Bestand beinhaltet im Wesentlichen nachrangige Schuldscheindarlehen.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wird aufgrund der Umwandlung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB mit einem Bestand von 0,1 Mrd. EUR ausgewiesen.

Der Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals um 0,1 Mrd. EUR auf 2,3 Mrd. EUR geht zurück auf eine Einzahlung der BayernLB in die Kapitalrücklage. Die aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote erhöhte sich im Berichtsjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent.

Das Nominalvolumen der zur Absicherung von Zinsrisiken gehaltenen Zinsswaps hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Fälligkeiten und Close-outs um 1,1 Mrd. EUR auf 14,8 Mrd. EUR verringert.

NACHTRAGSBERICHT

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, haben sich nicht ergeben.

RISIKOBERICHT

Der Risikobericht bezieht sich, soweit nicht explizit anders gekennzeichnet, entsprechend der internen Risikosteuerung auf den DKB-Konzern.

Zentrale Bestandteile der Steuerung der Bank sind die Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen sowie die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Im Berichtszeitraum erfüllte die Bank sowohl die regulatorischen Vorgaben hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung als auch die Anforderungen an die ökonomische Kapitaladäquanz im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Aufsichtliche Kapitaladäquanz

Die Beurteilung der Angemessenheit der Eigenmittel erfolgt auf Einzelinstitutsebene nach dem Kreditrisikostandardansatz. Die entsprechenden bankaufsichtsrechtlichen Kennzahlen der DKB AG sind folgender Tabelle zu entnehmen:

Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz	31.12.2012	31.12.2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Adressrisiken	28.683	28.032
Operationelle Risiken	864	688
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen	29.547	28.720
Eigenmittel	2.910	2.748
davon Kernkapital	2.416	2.215
Eigenmittelquote	9,85 %	9,57 %
Kernkapitalquote	8,18 %	7,71 %

Im Laufe des Berichtsjahres wurde das Kernkapital durch Aufstockung der Kapitalrücklage in Höhe von 120 Mio. EUR durch den Gesellschafter gestärkt. Zudem wirkten sich die im Jahresabschluss 2011 gebildeten Vorsorgereserven in Höhe von 40 Mio. EUR positiv auf die Eigenmittel aus, sodass trotz Wachstums der Risikoaktiva die Eigenmittelquote auf 9,85 Prozent erhöht werden konnte. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestquote von 8 Prozent für die Eigenmittelunterlegung war jederzeit erfüllt.

Im Rahmen des Zwischenabschlusses zum 30. Juni 2012 wurden die Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 80 Mio. EUR vollständig in Reserven nach § 340g HGB umgewandelt, wodurch die Kernkapitalquote auf 8,18 Prozent gestiegen ist.

Ausgestaltung des Risikomanagementsystems

Organisation des Risikomanagements

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements und die Umsetzung der Risikostrategie in der Bank. Er ist für die Messung, die Identifizierung und das Management der Risiken zuständig. Darüber hinaus wird der Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklung der Risiken unterrichtet.

Die Bank stellt durch eine adäquate Aufbau- und Ablauforganisation sicher, dass Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar definiert sind und die von den MaRisk geforderte organisatorische Trennung von Risikomanagement und Vertrieb eingehalten wird. Für alle Risikoarten bestehen klar definierte Prozesse und Organisationsstrukturen, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Betei-

ligten orientieren. Den organisatorischen Rahmen für das Risikomanagement- und Risikoüberwachungssystem bilden folgende marktunabhängige Bereiche der Bank:

- Der Bereich Risk Office befasst sich mit der Messung des Risikos, der methodischen Weiterentwicklung der Risikomessverfahren, der Überwachung der Limite und dem regelmäßigen Risikoreporting.
- Der Bereich Kreditanalyse und Votierung verantwortet die Analyse von Ausfallrisiken und die Mitentscheidung im Rahmen der Kreditgenehmigung. Zudem ist er für die Auswertung der Jahresabschlüsse sowie wesentliche Komponenten der Raterstellung zuständig.
- Die Bereiche Kredit Consult und Interne Restrukturierungseinheit (IRE) übernehmen die Eigenbetreuung von Problemkrediten des Kern- bzw. Nicht-Kerngeschäfts. Darüber hinaus ist die Interne Restrukturierungseinheit für die Überwachung des Abbauprozesses der im Rahmen des übergeordneten Restrukturierungsprojekts im BayernLB-Konzern definierten Nicht-Kerngeschäftsportfolios verantwortlich.
- Dem Bereich Mid Office obliegt neben der Integration und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren sowie der Ausfall- und Verlustdatensysteme auch die Prüfung der Sicherheiten.
- Der Bereich Compliance und Sicherheit ist verantwortlich für die bankweite Steuerung von Risiken, die sich im Zusammenhang mit Geschäften in Finanzinstrumenten ergeben, sowie von Risiken resultierend aus Finanzsanktionen, Risiken im Bereich der Geldwäscheprävention, der Betrugsprävention und des Datenschutzes.
- Darüber hinaus nimmt die interne Revision ihre Aufgaben entsprechend den Anforderungen nach BT2 der MaRisk wahr.

Strategien und Risikomanagement

Die Risikostrategie legt konsistent zur Geschäftsstrategie die Grundhaltung der Bank zur Risikoübernahme und zum Risikomanagement fest. Sie definiert die Ziele der Risikosteuerung in den wesentlichen Geschäftsaktivitäten und konkretisiert dabei die in der Geschäftsstrategie getroffenen Planungsprämissen hinsichtlich der Identifizierung, Steuerung und Überwachung bedeutender Risiken. Die Risikostrategie erstreckt sich über alle Geschäfte und Risiken nach MaRisk AT 2.2 und 2.3.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Festlegung und Umsetzung der Risikostrategie, überprüft sie anlassbezogen und passt sie gegebenenfalls an aktuelle Entwicklungen an. Im Rahmen der jährlichen Überprüfung und Aktualisierung wird die Risikostrategie sämtlichen Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Kenntnis gebracht und mit diesen erörtert. Als wesentliche Vorgabe für Bankgeschäfte ist sie Teil der schriftlich fixierten Ordnung.

In Verbindung mit der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeitskonzeption beschreibt die Risikostrategie die Rahmenbedingungen für den internen Risikokapitalallokations- und Planungsprozess. Die Vorgaben zielen darauf ab, die Absicherung der Unternehmensziele auf Grundlage des angestrebten Risikoprofils im Zeitverlauf zu gewährleisten und unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Risiko und Ertrag die permanente Risikotragfähigkeit sicherzustellen. Dazu wird das bereitgestellte Risikokapital bestimmt und auf die Risikoarten verteilt.

Darüber hinaus legt die Risikostrategie Rahmenbedingungen für die Neukundenakquisition bzw. für die Zusammensetzung des Wertpapierportfolios fest. Das Engagement fokussiert grundsätzlich nur auf Geschäftsfelder, in denen die Bank über eine entsprechende Expertise zur Beurteilung und Steuerung der spezifischen Risiken verfügt. Der Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder Produkte geht grundsätzlich eine adäquate Risikoanalyse voraus.

Weiterhin beschreibt die Risikostrategie das Risikomanagementsystem und liefert Ansatzpunkte für die sich aus der Geschäftsstrategie ergebende notwendige Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente und Prozesse.

Ergänzt wird die Risikostrategie durch weitere Teilstrategien, Policies und Handbücher für die einzelnen Risikoarten, in denen die konkreten Bestandteile des Risikomanagementsystems detailliert beschrieben werden.

Die Bank führt regelmäßig Risikoinventuren durch, um wesentliche Risiken zu identifizieren und die Angemessenheit des Risikomanagementsystems in Relation zum Risikogehalt zu überprüfen. Als wesentliche Risiken wurden identifiziert: Adressausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Beteiligungsrisiken und operationelle Risiken sowie Liquiditätsrisiken, Reputationsrisiken und Geschäftsrisiken.

Als Mitglied des BayernLB-Konzerns ist die Bank in dessen konzernweite Risikosteuerung und Risikotragfähigkeitskonzeption eingebunden und übernimmt dabei – soweit möglich – die geltenden Standards und Methoden der BayernLB bzw. setzt nur eigene Verfahren und Methoden ein, die mit dem zentralen Risikocontrolling abgestimmt sind.

Einbindung der Tochterunternehmen in das Risikomanagement

Die Tochterunternehmen der DKB AG sind Bestandteil der Risikostrategie und werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für das Gesamtrisikoprofil in den strategischen Vorgaben und dem Risikomanagementsystem berücksichtigt. Zusätzlich verfügen die Tochterunternehmen der DKB AG zur Steuerung und Überwachung der institutsspezifischen Risiken über ein eigenes angemessenes Risikomanagementsystem.

Die Einbindung der Tochterunternehmen in das Risikomanagementsystem der Bank erfolgt entsprechend den Ergebnissen der regelmäßig durchgeführten Risikoinventuren. Als wesentliche Beteiligung hinsichtlich potenzieller Risiken wurde die SKG BANK AG bewertet.

Für die SKG BANK AG erfolgt die Integration in die Risikomessung, Risikoüberwachung und Risikoberichterstattung in Form einer Durchschau. Alle anderen Beteiligungen fließen mit ihrem gesamten Kreditexposure und ihrem aktuellen Beteiligungsbuchwert in die Risikoberechnung ein und werden als Kredit- bzw. Beteiligungsrisiko ausgewiesen. Damit ist auch die Einbindung aller Beteiligungen in die Stresstestverfahren gewährleistet.

Hinsichtlich der Erfassung operationeller Risiken sind alle Töchter entsprechend ihrer Wesentlichkeit in das Meldewesen zur Schadenfallerfassung eingebunden. Darüber hinaus besteht für alle Tochtergesellschaften eine konzernweit gültige Ad-hoc-Meldepflicht von Schadenfällen gegenüber der DKB AG.

Risikotragfähigkeit

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Basis des sogenannten Risikokapitalallokationsprozesses (ICAAP). Dabei wird überprüft, inwieweit für die eingegangenen Risiken ausreichend Deckungsmasse zur Verfügung steht. Hierbei legt die Bank einen Liquidationsansatz zugrunde. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn sowohl das vorhandene als auch das verteilte operative Risikokapital ausreicht, um zukünftige Risiken aus den zugrunde liegenden Geschäften abzudecken.

Die Risikodeckungsmasse setzt sich zusammen aus den IFRS-Ergebniskomponenten des realisierten Ergebnisses, dem Eigenkapital und den Eigenkapitaläquivalenten nach IFRS. Da die Bank und die BayernLB einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen haben, steht ein Teil des IFRS-Ergebnisses nur unterjährig zur Verfügung.

Zur Ermittlung der verfügbaren Liquidationsdeckungsmasse, das heißt dem zur Risiko-steuerung vorhandenen Risikokapital im engeren Sinne, werden stille Lasten, immaterielle Vermögensgegenstände und der aktivische Überhang latenter Steuern in Abzug gebracht. Nachrangmittel werden abzüglich der im Eigenbestand befindlichen Nachrangmittel berücksichtigt. Weiterhin wird von der Deckungsmasse ein Puffer für nicht quantifizierbare Risiken, wie Liquiditäts-, Geschäfts- und strategische Risiken, abgezogen. Die dem Puffer zugrunde liegenden Annahmen werden jährlich geprüft.

In die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs quantitativ einbezogen werden Kreditrisiken (einschließlich spezifischer Zinsänderungsrisiken), Marktpreisrisiken des Handelsgeschäfts, Zinsänderungsrisiken des Kreditbuchs, Beteiligungsrisiken und operationelle Risiken. Die Bank wählt bei Verfahren der ökonomischen Risikomessung ein einheitliches Konfidenzniveau von 99,95 Prozent. In der Regel beträgt die angesetzte Haltedauer ein Jahr. Bei Marktpreisrisiken werden je Risikofaktor unterschiedliche Haltedauern verwendet. Bei Beteiligungsrisiken und operationellen Risiken greift die Bank auf aufsichtsrechtliche Anrechnungsvorschriften zurück.

Für alle quantitativ einbezogenen Risikoarten werden Risikokapitallimite vergeben, die der Gesamtvorstand mindestens jährlich im Rahmen der Risikokapitalplanung festlegt.

Die Auslastung des Gesamtrisikokapitals und der Teillimite für die Risikoarten wird vom Bereich Risk Office überprüft und im Rahmen des monatlichen Risikoberichts an den Vorstand berichtet. Bei Überschreitung der Risikoartenlimite erfolgt die Einleitung der im jeweiligen Eskalationsmodell aufgeführten Maßnahmen. Darüber hinaus versorgt die Bank die verantwortlichen zentralen Einheiten der BayernLB mindestens vierteljährlich mit den zur Darstellung des Konzernrisikos und der konzernweiten Risikotragfähigkeit erforderlichen Daten.

Entwicklung der Risikotragfähigkeit

Die verfügbare Liquidationsdeckungsmasse beträgt zum Berichtsstichtag 3,1 Mrd. EUR. Davon sind 1,9 Mrd. EUR als Limite zur Unterlegung des operativen Geschäfts verteilt. Der restliche Anteil steht zur Abdeckung des definierten ICAAP-Stressszenarios zur Verfügung.

Im Berichtsjahr konnte die Liquidationsdeckungsmasse insbesondere durch Zuführungen zu den Kapital- und Gewinnrücklagen in Höhe von 160 Mio. EUR gestärkt werden. Nach Verschärfung des für die Ermittlung genutzten Stressszenarios erhöht sich der als Abzugsposten von der Deckungsmasse berücksichtigte Puffer für Liquiditäts- und Reputationsrisiken um 42 Mio. EUR auf 146 Mio. EUR. Gleichzeitig ist mit dem Verkauf und der Entkonsolidierung der DKB Immobilien AG-Gruppe an die TAG Immobilien AG der bisher von der Deckungsmasse abgezogene Puffer für Immobilienrisiken in Höhe von rund 45 Mio. EUR entfallen. Das aus den Forderungen an die TAG Immobilien AG resultierende Risiko wird nunmehr als Bestandteil der Adressausfallrisiken ausgewiesen.

Zum aktuellen Stichtag ergibt sich folgendes Risikoprofil:

Risikotragfähigkeit/Auslastung	31.12.2012	31.12.2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Kreditrisiken und spezielle Zinsänderungsrisiken ¹	1.039	429
davon Kundenforderungen	332	370
davon gruppeninterne Forderungen	667	1
davon Credit-Spread-Risiken	40	58
Marktpreisrisiken Depot A	32	39
Marktpreisrisiken allgemeine Zinsänderungsrisiken	120	92
Beteiligungsrisiken	6	8
Operationelle Risiken	71	57
Insgesamt	1.268	625

¹ Die bonitätsbezogenen spezifischen Zinsrisiken des Wertpapierbestands (Credit-Spread-Risiken) werden aus den Marktpreisrisiken separiert und als Bestandteil des Kreditrisikos ausgewiesen.

Der Risikokapitalbedarf für Adressausfallrisiken ist im Berichtsjahr deutlich gestiegen. In erster Linie spiegelt sich darin der Anstieg der Forderungen gegenüber der BayernLB. Diese wurden im Rahmen der Fundingstrategie der BayernLB-Gruppe deutlich ausgeweitet. Der Risikokapitalbedarf für Marktpreisrisiken (inklusive Credit-Spread-Risiken) zeigt sich kaum verändert und liegt nur geringfügig über dem Vorjahreswert.

Obwohl der Risikokapitalbedarf im Berichtszeitraum gestiegen ist, lag die Auslastung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals bei 66 Prozent und damit weiterhin auf einem komfortablen Niveau. Die Risikotragfähigkeit war im Berichtszeitraum durchgängig gegeben. Ebenso wurden die Limite für den Risikokapitalbedarf der einzelnen Risikoarten im gesamten Berichtszeitraum eingehalten.

Entwicklung der Stressszenarien

Die Risikotragfähigkeitsrechnung wird durch ein umfassendes Rahmenwerk an Stress-tests ergänzt. Neben Sensitivitätsanalysen werden entsprechend der im BayernLB-Konzern verwendeten Methodik zwei Standardstressszenarien sowie weitere institutsspezifische Szenarien analysiert. Die zugrunde liegenden Szenarien beschreiben dabei außergewöhnliche, aber plausible negative Entwicklungen des wirtschaftlichen Umfelds. Die getroffenen Annahmen werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Das Szenario „schwerer konjunktureller Abschwung“ basiert auf dem ICAAP und wirkt sich auf alle Risikoarten aus. Dabei wird untersucht, ob die Risikotragfähigkeit auch im Falle einer schweren Rezession gegeben ist. Der daraus resultierende Risikokapitalbedarf wird der verfügbaren Deckungsmasse gegenübergestellt. Aus dem Stressszenario wird zum 31. Dezember 2012 ein zusätzlicher Risikokapitalbedarf über den ICAAP hinaus von 1.014 Mio. EUR ermittelt, der durch die verfügbare Deckungsmasse abgedeckt ist.

Die Going-concern-Betrachtung „Fünfjahresverlust“ simuliert ebenfalls risikoartenübergreifend eine gravierende Veränderung der relevanten Risikoparameter, mit der in einem Zeithorizont von fünf Jahren gerechnet werden kann. Als Risikokapital angesetzt wird die Summe aus den freien Eigenmitteln im Sinne der Solvabilitätsverordnung (SolvV) und dem Minimum der Hochrechnung des Jahresüberschusses und dem anteilig erwirtschafteten Jahresüberschuss. Aus der Going-concern-Perspektive muss dieses kurzfristig verfügbare Kapital ausreichen, um den Szenarioverlust zu decken, sodass der Geschäftsbetrieb unter Einhaltung der bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen fortgeführt werden kann. Die Auslastung des Going-concern-Kapitals beträgt zum 31. Dezember 2012 33 Prozent.

Die institutsspezifischen Risikoszenarien umfassen beispielsweise Marktanteilsverluste in bedeutenden Geschäftsfeldern, singuläre Branchenkrisen durch Änderungen der Rahmenbedingungen aufgrund exogener Schocks, Auswirkungen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks auf das Kreditportfolio, einen starken Anstieg operationeller Risiken sowie negative Entwicklungen im Beteiligungsbestand. Bei allen zusätzlich durchgeführten institutsspezifischen Szenarien reicht das Risikokapital aus, um die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs im Stressfall sicherzustellen.

Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt. Dabei wird untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Bank derart gefährden könnten, dass sich das bestehende Geschäftsmodell als nicht mehr durchführbar bzw. tragbar erweist.

Kreditrisiken

Risikosteuerung und -überwachung

Kreditrisiken setzen sich aus dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit bzw. der Bonitätsveränderung eines Geschäftspartners sowie dem Verlust- und Wertveränderungsrisiko aus gestellten Sicherheiten zusammen.

Strategien und Policies

Die Bank geht Kreditrisiken in Form von Adressausfallrisiken im klassischen Kundengeschäft sowie Emittenten-, Kontrahenten- und spezifischen Zinsänderungsrisiken (Credit-Spread-Risiken) aus dem Wertpapierbestand ein. Kontrahentenrisiken in Form von Wiedereindeckungs- oder Erfüllungsrisiken sind ebenso wie Länderrisiken nur marginal vorhanden.

Das Risikomanagementsystem für Kreditrisiken wird in der Risikostrategie beschrieben. Sie enthält die zur Geschäftsstrategie konsistente Planung und Verteilung des Risikokapitals und Vorgaben zum Neugeschäft. Aus ihr leiten sich die Anforderungen an die Limitierung von Kreditrisiken ab. Die Geschäftsanweisungen präzisieren diese Anforderungen. In Ergänzung zur Risikostrategie verfügt die Bank über eine Kreditpolitik, die den Umgang mit Kreditrisiken regelt. Weitere Detaildokumente wie die Sicherheitenpolitik, die EWB-Politik oder die Ratingpolitik konkretisieren die Anforderungen an das Risikomanagement der Bank.

Die Bank berichtet im Rahmen des monatlichen DKB-Risikoberichts und der vierteljährlich erstellten Portfolioanalyse über die Entwicklung der Kreditrisiken.

Interne Ratingsysteme

Die Bank verwendet zur Risikomessung vor allem die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) angebotenen Risikoklassifizierungsverfahren. Darüber hinaus kommen auch Verfahren der Rating Service Unit (RSU) zur Anwendung.

Die Ergebnisse der Risikoklassifizierungsverfahren der SR werden in einer 18-stufigen Masterskala mit 15 Lebendklassen und drei Ausfallklassen abgebildet. Zur besseren Aggregierbarkeit und Vergleichbarkeit werden die RSU-Ratings in die SR-Masterskala überführt.

Die Bank bildet Ratingklassengruppen für die interne Steuerung der Engagementbetreuung:

Ratingklasse	Kategorisierung	Risikoverantwortung Marktfolgeeinheiten
1–9	Strategiekonformes Geschäft, Begrenzung für Neugeschäft auf die Ratingklassen 1–9	Kreditanalyse und Votierung (KuV)
10–12	Intensivbetreuung	
13–15	Problemkreditbetreuung	Kredit Consult, KuV und Interne Restrukturierungseinheit
16–18	Problemkreditbetreuung	Kredit Consult und Interne Restrukturierungseinheit

Alle Ratings aus manuellen Verfahren werden durch Marktfolgeeinheiten festgesetzt. Die Ratings unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung und Aktualisierung. Die Pflege der Qualität der Systeme, die prozessuale Implementierung und Qualitätssicherung sowie die laufende Validierung und Umsetzung von Neukalibrierungen übernimmt der Fachbereich Rating, der im Bereich Mid Office angesiedelt ist.

Management überfälliger Engagements

Die Bank bindet das Risikomanagement der überfälligen, aber noch nicht ausgefallenen Engagements an das Rating. Kreditengagements der Bereiche Firmenkunden, Infrastruktur und Privatkunden, deren verschlechterte Bonität und Liquidität eine besondere Überwachung erfordern, werden in Engagements der Intensivbetreuung (Rating 10–12) und Problemkreditengagements (Rating 13–18) unterteilt. Die Intensivbetreuung ist ein Überwachungsinstrument der kundenbetreuenden Einheiten. Es umfasst alle Engagements der Kundengruppen Firmenkunden, Infrastruktur und Privatkunden mit einem Rating von 10–12 (bei manuellem Ratingverfahren) bzw. von 1–12 (bei maschinellem Ratingverfahren) und gleichzeitig zusätzlich erfülltem manuellen Risikokriterium. Die Verantwortlichkeit für diese Engagements obliegt den Niederlassungen. Sie erhalten monatlich eine Übersicht der betreffenden Engagements von dem Bereich Kredit Consult bzw. Interne Restrukturierungseinheit. Die Handhabung hinsichtlich der Art und Weise der Überprüfung als auch der Ausführlichkeit der Dokumentation gestaltet dabei jede Niederlassung selbst.

Im Umgang mit Wertminderungen verfügt die Bank über eine EWB-Politik. Diese regelt die Grundprinzipien für den Umgang mit drohend oder tatsächlich ausfallgefährdeten Krediten, die Bildung der Risikovorsorge und das Reporting. Erforderliche Wertberichtigungen, Rückstellungen oder deren Verbrauch bzw. Auflösung werden durch die Bereiche Kredit Consult bzw. Interne Restrukturierungseinheit regelmäßig ermittelt und entsprechend den in der Kompetenzordnung der Bank festgelegten Kompetenzen genehmigt und die erforderlichen Buchungen veranlasst.

Die Bank nimmt für Engagements in den Ratingklassen 16 bis 17 (Klassifizierung: „doubtful“) bzw. 18 (Klassifizierung: „loss“) mit einem Bruttoexposure ab 0,5 Mio. EUR die Bildung

von Wertberichtigungen durch eine anlassbezogene oder mindestens vierteljährliche barwertige Impairment-Einzelbetrachtung vor. Kleinere Engagements unterliegen einer pauschalierten Einzelwertberichtigung (pEWB). Grundlage für die Einstufung in die Ratingklassen 16 bis 18 ist das Vorliegen mindestens eines der nachfolgenden Ausfallgründe: Zahlungsverzug/Überziehung >90 Tage, Wertberichtigung, unwahrscheinliche Rückzahlung, Restrukturierung/Umschuldung, Kündigung/Fälligestellung, Forderungsverkauf, Abschreibung oder Insolvenz.

Systeme zur Begrenzung von Konzentrationsrisiken

Neben sogenannten Klumpenrisiken, das heißt Risikopositionen gegenüber Einzeladressen, die allein aufgrund ihrer Größe eine Risikokonzentration darstellen, ergeben sich Konzentrationsrisiken aus der Häufung von Risikopositionen, die beim Eintreten bestimmter Entwicklungen oder eines bestimmten Ereignisses in gleicher Weise reagieren.

Zur Überwachung und Begrenzung von Konzentrationsrisiken setzt die Bank verschiedene Limitsysteme ein. Die Überwachung der Limite erfolgt regelmäßig durch den Bereich Risk Office. Die Auslastung der jeweiligen Limite wird im Rahmen der Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Aufsichtsrat der Bank kommuniziert. Überziehungen der Limite ziehen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen entsprechend dem beschlossenen Eskalationsmodell nach sich.

Zur Begrenzung länderbezogener Konzentrationen setzt die Bank Länderlimite ein. Ausfallrisiken gegenüber Kreditnehmern bzw. Emittenten mit Sitz im Ausland bestehen nur im Wertpapierportfolio. Nach dem Überschreiten definierter Bagatellgrenzen erfolgt die Zuteilung eines Limits aus dem Konzernlimit des BayernLB-Konzerns. Durch die Vernetzung aller Konzernteile wird sichergestellt, dass sich keine gruppenweiten regionalen Konzentrationsrisiken aufbauen. Die Limitierung umfasst auch Länder, die derzeit kein messbares Ausfallrisiko aufweisen. Die Länderlimite werden vom Bereich Risk Office vierteljährlich im Rahmen der Risikoberichterstattung überwacht und dem Vorstand berichtet.

Darüber hinaus legt die Bank für Kunden der Bereiche Infrastruktur, Firmenkunden und Privatkunden sowie für das Nicht-Kerngeschäftportfolio Volumenlimite fest, die als Orientierungsgrößen für die unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit mögliche Portfoliostruktur dienen. Sie werden vierteljährlich in der Portfolioanalyse bzw. dem Risikobericht ausgewiesen.

Diese Werte leiten sich aus der Mehrjahresplanung der Bank ab. Da die gleichberechtigte Limitierung von Risikokapital und Volumen zu Zielkonflikten in der Steuerung führen kann, betrachtet die Bank diese Planwerte in der Steuerung nicht als harte Limite. Die strategischen Volumenlimite werden regelmäßig überwacht, dem Vorstand berichtet und vom Bereich Risk Office jährlich aktualisiert.

Zur Begrenzung kreditnehmerbezogener Risikokonzentrationen ist die Bank in die Konzentrationsrisikosteuerung des BayernLB-Konzerns eingebunden und verfügt darüber

hinaus über eine bankinterne Klumpensteuerung. Die Grundlage für die Steuerung bildet jeweils die Kreditnehmereinheit nach § 19 Abs. 2 KWG (KNE).

Die konzernweite Steuerung erfolgt auf der Basis einer Limitierung von Geschäften mit KNE ab einem Bruttokundenlimit von 400 Mio. EUR. Im ersten Schritt sind der BayernLB die Neugeschäfte und Erhöhungen anzuzeigen, die das Bruttokundenlimit einer KNE auf über 50 Mio. EUR ausweiten. Erreicht eine KNE im Konzern ein Bruttokundenlimit größer als 400 Mio. EUR, erfolgt eine Zuteilung von Sublimiten und damit die Steuerung durch die BayernLB. Zur fortlaufenden Überwachung findet zwischen der BayernLB und den Töchtern ein monatlicher Datenabgleich hinsichtlich der Höhe der vergebenen Sublimate sowie aller Kreditnehmereinheiten mit einem Bruttokundenlimit über 50 Mio. EUR statt.

Ab einem Bruttokundenlimit von 500 Mio. EUR wird eine KNE als konzernweites Klumpenengagement eingestuft. Jeweils zu den Quartalsstichtagen überwacht die BayernLB auf Basis von Meldungen der Töchter die Limitauslastungen der betroffenen Kreditnehmereinheiten.

Die bankinterne Steuerung kreditnehmerbezogener Konzentrationsrisiken entspricht dem konzernweiten Standard. Auch hier erfolgt die Limitierung für Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG über ein maximales Bruttokundenlimit. Das für die Klumpenregelung maßgebliche maximale Bruttokundenlimit beträgt 50 Prozent der aktuellen Großkreditgrenze der DKB AG. Das Limit wird mindestens jährlich geprüft und bei Veränderung der haftenden Eigenmittel angepasst. Zum Stichtag lag es bei 145 Mio. EUR.

Die Überwachung zur Einhaltung der Klumpenobergrenzen erfolgt im operativen Geschäft laufend im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses. Bei einer Neukreditgenehmigung mit Überschreitung der internen Klumpenobergrenze ist im Rahmen der Kreditvorlage eine Strategie zur weiteren Begleitung des Engagements zu erarbeiten. Die Genehmigung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Für die Überwachung und Einhaltung der Strategie ist die betreuende Niederlassung zuständig.

Im Rahmen der vierteljährlichen Portfolioanalyse stellt der Bereich Risk Office dem Vorstand eine Aufstellung der Klumpenengagements inklusive der Veränderungen gegenüber dem Vorquartalsstichtag zu Verfügung.

Darüber hinaus wird in der Portfolioanalyse über Konzentrationen in ausgewählten Teilportfolios berichtet.

Risikomesssysteme auf Portfolioebene

Auf Portfolioebene verwendet die Bank für die Risikomessung aktuell ein Kreditportfoliomodell, das vom BayernLB-Konzern auf Basis von Credit Risk+ entwickelt wurde. Neben der Berechnung des erwarteten Verlusts dient es insbesondere der Berechnung des unerwarteten Verlusts und damit des Risikokapitalbedarfs im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Es berücksichtigt unter anderem Konzentrationen und Korrelationen von Branchen und Geschäftspartnern. Das Portfoliomodell und die maßgeblichen Parameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen.

Sicherheitenmanagement

Die Bank regelt die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Sicherheitenbearbeitung und -bewertung in seiner Sicherheitenpolitik – angelehnt an den Konzernstandard der BayernLB. Die Sicherheitenpolitik ist die Voraussetzung für die Inanspruchnahme regulatorischer Erleichterungen nach KWG und SolvV und die Berücksichtigung der Sicherheiten nach ökonomischen Interessen.

Das Sicherheitenportfolio besteht entsprechend der Kundenstruktur überwiegend aus dinglichen Sicherheiten von Privatkunden, Wohnungsunternehmen und wohnwirtschaftlichen Investoren, kommunalen Sicherheiten und Bürgschaften sowie Forderungsabteilungen der Kundengruppe Erneuerbare Energien. Sonstige relevante Sicherheiten haben nur einen geringen Stellenwert.

Die Ermittlung von Wertansätzen für grundpfandrechtliche Sicherheiten nimmt einen bedeutenden Stellenwert im Rahmen der Sicherheitenbewertung ein. Die Bank greift dabei auf die Expertisen der LB ImmoWert, einer Tochtergesellschaft der BayernLB, zurück. Die Festsetzung der Beleihungswerte erfolgt durch den dem Bereich Mid Office zugeordneten marktunabhängigen Fachbereich Sicherheiten. In der Kundengruppe Privatkunden wird von den Vereinfachungsmöglichkeiten, die der § 24 BelwertV bietet, Gebrauch gemacht.

Für die Engagements in den Ausfallklassen nehmen die Bereiche Kredit Consult und Interne Restrukturierungseinheit im Rahmen der Impairment-Betrachtung eine Sicherheitenbewertung unter Verwertungsaspekten vor. Bei allen anderen Engagements wird der Sicherheitenwert auf Basis der Beleihungswerte ermittelt. Die Bank überprüft die Ordnungsmäßigkeit der Wertermittlungen in regelmäßigen Abständen und nimmt kontinuierlich Kontrollen von Engagements im Rahmen von Auszahlungskontrollen und Prüfungen durch den Bereich Revision vor.

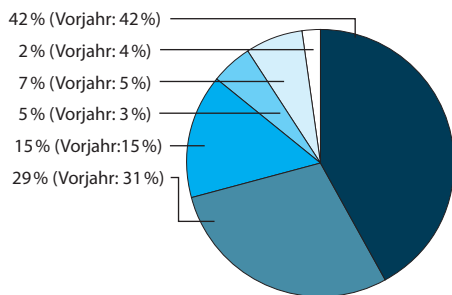
Die Einhaltung der Sicherheitenpolitik und der weiteren Konzernstandards sowie die zentrale Sicherheitenbearbeitung verantwortet der Fachbereich Sicherheiten. Diesem Fachbereich sind zudem die dezentral tätigen Bauingenieure zugeordnet.

Der Vorstand der Bank und die Mitglieder des Aufsichtsrats werden im Rahmen der vom Bereich Risk Office durchgeführten Risikoanalysen über die Höhe der Sicherheiten informiert. Zusätzlich erhält der Vorstand Informationen über den Umgang mit Sicherheiten durch die monatlichen Qualitätsberichte des Fachbereichs Produkte.

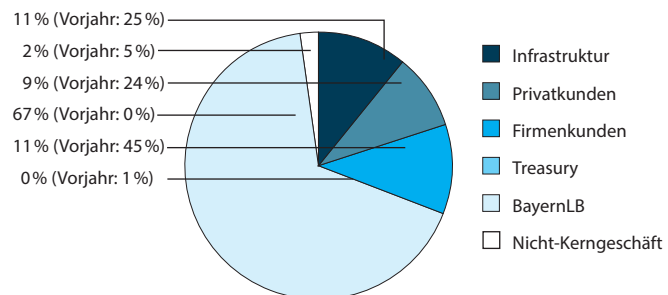
Entwicklung der Risikosituation

In der Zusammensetzung der Kreditrisiken zum 31. Dezember 2012 dominiert das klassische Adressausfallrisiko. Aufgrund der klaren Fokussierung auf inländische Kreditnehmer sind Länderrisiken weiterhin nur marginal vorhanden und auf ausländische Emittenten aus Ländern im Investment-Grade-Bereich beschränkt. Kontrahentenrisiken in Form von Wiedereindeckungs- oder Erfüllungsrisiken sind nur marginal vorhanden und werden nur zur Absicherung von Zinsrisiken eingegangen.

Maximales Kreditrisiko 31.12.2012



Risikokapitalbedarf 31.12.2012



Das maximale Kreditrisiko hat sich im Berichtsjahr um 7 Prozent erhöht. Dies resultiert vorwiegend aus dem strategiekonformen Wachstum im Kundengeschäft und der Ausweitung der gruppeninternen Forderungen im Rahmen der Konzernrefinanzierung.

Das gruppeninterne Exposure ist durch den Kauf von Schuldscheindarlehen der BayernLB deutlich gestiegen. Zum 31. Dezember 2012 bestehen gegenüber der BayernLB Forderungen nach Berücksichtigung von Sicherheiten und Nettingvereinbarungen in Höhe von 3,4 Mrd. EUR (per 31. Dezember 2011: 0,1 Mrd. EUR). Modellbedingt erhöht sich aufgrund der Größe des Engagements der Risikokapitalbedarf für gruppeninterne Forderungen deutlich.

Der Ausbau des Kundengeschäfts konzentriert sich auf die strategischen Geschäftsfelder Infrastruktur und Firmenkunden. Der Fokus liegt dabei auf den Branchen Wohnen, Gesundheit und Pflege sowie Energie und Versorgung bzw. Umwelttechnik. Die Konzentration auf Zielbranchen in Verbindung mit einer hohen Branchenexpertise führt zu einer verbesserten Risikobeurteilung des Branchenumfelds. Der Risikokapitalbedarf hat sich aufgrund von Verbesserungen der Ratingstruktur sowie bei der Sicherheitenanrechnung leicht reduziert.

Im Privatkundengeschäft hat sich das maximale Kreditrisiko im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert. Dies lag in erster Linie an Tilgungen bei Wohnungsbauendfinanzierungen. Der Risikokapitalbedarf für diese Kundengruppe verbleibt auf ähnlichem Niveau.

Der Wertpapierbestand der Bank wurde mit Blick auf die Erfüllung zukünftiger aufsichtsrechtlicher Anforderungen im Berichtsjahr weiter ausgebaut und erhöhte sich um 1,0 Mrd. EUR. Neben Anleihen öffentlicher Haushalte im Inland sowie aus Eurostaaten mit erstklassiger Bonität lag der Fokus dabei auch auf Anleihen von supranationalen Emittenten und Förderinstituten.

Gleichzeitig wurde der Abbau des Nicht-Kerngeschäfts fortgesetzt. Das Abbauportfolio wurde um insgesamt 1,4 Mrd. EUR reduziert. Im Wesentlichen ist dies auf planmäßige Tilgungen sowie Verkäufe von Wertpapieren und den Verkauf der DKB Immobilien AG-Gruppe zurückzuführen.

Die offenen Wertpapierpositionen gegenüber Unternehmen, Banken und Staaten in den von der europäischen Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Peripheriestaaten der Eurozone haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

<i>in Mio. EUR</i>	31.12.2012			31.12.2011		
	Nominal	Buchwert	Marktwert	Nominal	Buchwert	Marktwert
Staatsanleihen	45,0	46,0	46,0	95,0	53,9	46,9
Griechenland	-	-	-	50,0	9,4	9,4
Irland	-	-	-	-	-	-
Italien	45,0	46,0	46,0	45,0	44,5	37,5
Portugal	-	-	-	-	-	-
Spanien	-	-	-	-	-	-
Wertpapiere von Banken	79,0	78,2	73,6	204,9	201,0	189,1
Griechenland	5,0	5,0	4,2	10,0	9,9	7,4
Irland	-	-	-	-	-	-
Italien	40,0	39,8	39,0	88,5	87,8	83,5
Portugal	4,0	3,8	3,8	11,0	10,5	6,9
Spanien	30,0	29,6	26,6	95,4	92,8	91,3
Unternehmensanleihen	-	-	-	-	-	-
Griechenland	-	-	-	-	-	-
Irland	-	-	-	-	-	-
Italien	-	-	-	-	-	-
Portugal	-	-	-	-	-	-
Spanien	-	-	-	-	-	-

Im Berichtsjahr verkaufte die Bank ihre griechische Staatsanleihe mit einem Nominalvolumen in Höhe von 50 Mio. EUR. Dadurch wurden die im Jahr 2011 vorgenommenen Wertberichtigungen im Ergebnis aus Finanzanlagen realisiert. Die Wertpapiere von Banken konnten durch planmäßige Tilgungen nominal um 104 Mio. EUR sowie Verkäufe um nominal 22 Mio. EUR weiter abgebaut werden. Wertpapiere von Unternehmen aus den aufgeführten Staaten befinden sich nicht im Bestand.

Zum 31. Dezember 2012 wurden 24 Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG als Klumpenengagements identifiziert.

Verbriefungen in Form von ABS- oder MBS-Konstruktionen oder der Kauf von verbrieften Forderungen sind in der Bank keine zugelassenen Produkte. Daher ist die Bank derartige Risiken nicht eingegangen.

Beteiligungsrisiken

Beteiligungsrisiken stellen Adressausfallrisiken aus Beteiligungspositionen dar. Diese umfassen alle potenziellen Verluste, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital und den damit verbundenen Haftungsverpflichtungen gegenüber Dritten entstehen können.

Die DKB AG verfügt über Beteiligungen, die der Abrundung ihrer Produkt- und Leistungsfelder und zur Erbringung interner Servicedienstleistungen dienen, sowie über Beteiligungen in Geschäftsfeldern, in denen die Bank großes Branchen-Know-how besitzt.

Im Rahmen des Restrukturierungsprojekts des BayernLB-Konzerns wurden Beteiligungen identifiziert, die nicht mehr im Fokus der zukünftigen Kernaktivitäten stehen und Bestandteil des Nicht-Kerngeschäfts sind.

Die DKB AG strebt bei ihren strategischen Beteiligungen grundsätzlich die unternehmerische Führung an. Dies geschieht durch die Übernahme von Mehrheitsbeteiligungen oder durch den Abschluss entsprechender Unternehmensverträge. Die Steuerung des gesamten Anteils- und Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand. Einfluss auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die DKB AG durch die angemessene Ausgestaltung des Handlungsrahmens mittels einer entsprechenden Gestaltung der Satzungen und Geschäftsordnungen sowie durch die Vertretung von Vorstandsmitgliedern in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien der wesentlichen Beteiligungen. Die laufende Überwachung und Steuerung der Anteilseignerrisiken wird durch den Fachbereich Strategie und Beteiligungen im Bereich Unternehmensentwicklung wahrgenommen. Dieser überwacht die Geschäftsaktivitäten der Beteiligungsunternehmen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Zur frühzeitigen Steuerung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen finden laufend Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und der Bank statt.

Der Vorstand wird quartalsweise über die aktuelle wirtschaftliche Situation des Beteiligungsportfolios informiert. Sofern der Fachbereich Strategie und Beteiligungen Kenntnis von beteiligungsrelevanten Sachverhalten erlangt, erfolgt über die Bereichsleitung Unternehmensentwicklung eine unverzügliche Unterrichtung des Vorstands.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung und -überwachung

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste aus der Veränderung der Marktpreise von Wertpapieren, Geld- und Devisenprodukten, Rohstoffen, Derivaten oder aus dem Aktiv-Passiv-Management.

Die Bank geht Marktpreisrisiken über ihren Wertpapierbestand sowie in Form von Zinsänderungsrisiken des Bankbuchs ein. Währungs-, Rohstoff-, Verbriefungsrisiken oder Risiken aus Optionsgeschäften bestehen nicht bzw. nur in marginalem Umfang.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt handelsunabhängig im Bereich Risk Office. Neben den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Risikomessung und die Risikosteuerung stellt dieser Bereich das regelmäßige tägliche Reporting an die zuständigen Dezernenten und die monatliche Information des Gesamtvorstands sicher. Zudem ist er für die Marktgleichheitsprüfung verantwortlich.

Der Bereich Treasury ist für das Management der Zinsrisiken aus dem zinstragenden Geschäft nach Vorgaben des Gesamtvorstands sowie für die Entwicklung von Zinsstrategien und den Abschluss von Zinsderivaten zuständig. Der Fachbereich Kapitalmarktprodukte des Bereichs Treasury ist verantwortlich für das Positionsmanagement der Eigenanlagen und die Überwachung der Wertentwicklungen der einzelnen Fonds.

Zur Steuerung der Marktpreisrisiken verfügt die Bank über ein Limitsystem. Der Bereich Treasury erhält für Handelsgeschäfte ein Limit, das sich aus der für Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellten Deckungsmasse ableitet und damit eng mit der Risikotragfähigkeit verbunden ist. Reicht das Risikokapital nicht mehr zur Deckung aller zukünftigen Risiken aus, muss der Gesamtvorstand eine Anpassung der Deckungsmasse genehmigen oder es müssen Maßnahmen zur Senkung des Risikokapitalbedarfs ergriffen werden. Gleichberechtigt zur Risikotragfähigkeit limitiert die Bank die negativen Auswirkungen von realisierten Verlusten und marktwertbedingten Veränderungen der Neubewertungsreserve nach IFRS.

Über einen Kreditgenehmigungs- und Kreditvotierungsprozess analog zu den Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts und über ein System pauschaler Limite stellt die Bank auf Emittentenebene sicher, dass auch für Handelsgeschäfte der Grundsatz „kein Geschäft ohne Limit“ eingehalten wird. Die Bank limitiert dabei abhängig von der Bonität des jeweiligen Emittenten die maximale Höhe des Limits und unterteilt dieses in produktspezifische Teil-limite für Schuldnerisiken, Emittentenrisiken, Wiedereindeckungsrisiken und Erfüllungsrisiken.

Die Einhaltung der Limite wird vom Bereich Risk Office täglich überwacht und fließt in die tägliche bzw. monatliche Berichterstattung ein. Bei Limitüberschreitungen werden die bestehenden Eskalationsprozesse aktiviert.

Der Risikokapitalbedarf wird täglich auf Basis einer historischen Simulation ermittelt. Im Wertpapierportfolio verwendet die Bank in der operativen Risikomessung ein Verfahren mit einem Konfidenzniveau von 99 Prozent, einer Haltedauer von einem Handelstag und einer Historie von einem Jahr. Durch Skalierung auf ein Konfidenzniveau von 99,95 Prozent und mit individuellen Haltedauern für die Risikofaktoren Aktie, Zins und Volatilität ergeben sich die jeweiligen Risikokapitalbedarfe. Die bonitätsbezogenen spezifischen Zinsrisiken (Credit-Spread-Risiken) werden aus den Marktpreisrisiken separiert und als Be-

standteil des Kreditrisikos ausgewiesen. Für alle Positionen wird einheitlich eine Halte-dauer von einem Jahr unterstellt.

Im täglichen Reporting an den Handels- und den Risikovorstand werden der Value at Risk für Handelsgeschäfte, die Performance und die Einhaltung aller geltenden Limite – wö- chentlich ergänzt durch die GuV-Wirkung – vorgelegt. Im Rahmen der monatlichen und vierteljährlichen Berichterstattung an den Gesamtvorstand werden zusätzlich zur Dar- stellung der Risikotragfähigkeit Stressszenarien untersucht. Dabei orientiert sich die Bank an den Empfehlungen der Bundesbank und den Standards der BayernLB.

Die Bank limitiert den Risikokapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken im Bankbuch anhand der im Rahmen seiner Risikotragfähigkeitsbetrachtung zur Verfügung gestellten De- ckungsmasse. Die Ermittlung des ökonomischen Zinsänderungsrisikos erfolgt als histori- sche Simulation der Barwertveränderungen der Zins- und Kapitalcashflows aus der Zins- bindungsbilanz. Die Einhaltung des Grenzwerts des aufsichtsrechtlichen Szenarios – das Risiko der maximalen Barwertveränderung bei einem Zinsshift von ± 200 BP – steuert die Bank über ein Limitsystem, das bereits frühzeitig die Risiken begrenzt und Eskalations- prozesse auslöst. Der Bereich Risk Office berichtet im Rahmen des Risikotragfähigkeits- berichts monatlich über die Auslastung des Limits.

Zudem führt die Bank für das bankweite Zinsänderungsrisiko Stressszenarien durch. Die Ausgestaltung der Szenarien richtet sich an den Empfehlungen der Bundesbank aus.

Zur Absicherung und Reduzierung der Zinsänderungsrisiken setzt die DKB AG Zins- swaps ein.

Der Vorstand wird wöchentlich über die Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Zins- änderungsrisikos informiert.

Die Zuverlässigkeit der Marktrisikomessverfahren wird regelmäßig hinsichtlich der Güte bzw. Qualität des Risikoverfahrens geprüft. Im Rahmen des Backtestings wird die Risiko- prognose mit dem tatsächlich eingetretenen Ergebnis verglichen.

Entwicklung der Marktpreisrisiken aus dem Wertpapiergeschäft

Im Wertpapierportfolio dominieren durch den hohen Anteil an Rentenpapieren die Zins- änderungsrisiken. Darüber hinaus investiert die DKB AG im Rahmen des Kaufs von Fonds- produkten in Aktien, um die Diversifikation zu erhöhen. Optionspreisrisiken werden nur in Einzelfällen im Rahmen strukturierter Produkte eingegangen. Die Bank achtet bei der Umsetzung ihrer Risikostrategie darauf, dass der eigengemanagte Bestand frei von Wäh- rungsrisiken ist. Konzentrationsrisiken werden in der DKB AG emittentenbezogen (analog der geltenden Klumpenregelung) und portfoliobezogen für regionale Konzentrationsrisi- ken (Länderrisiko) begrenzt und gesteuert.

Der nominale Rentenbestand der DKB AG (ohne Eigenemissionen und geliehene Wert- papiere) ist 2012 um 1,0 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR gestiegen. Der Abbau des im Rahmen des Restrukturierungsprojekts des BayernLB-Konzerns definierten Wertpapieraltbestands

wurde strategiekonform fortgesetzt. Im Jahr 2012 wurde der Bestand um weitere 0,3 Mrd. EUR verringert. Zusätzlich wurde der Ausbau des aufsichtsrechtlichen Liquiditätsbestands intensiviert. Um sicherzustellen, dass die notwendigen Papiere zentralbankfähig und jederzeit sofort und ohne Wertverluste an privaten Märkten liquidierbar sind, wurden Wertpapiere der deutschen Bundesländer und des Bundes im Wert von 0,9 Mrd. EUR gekauft. Insgesamt stieg der Liquiditätsbestand um 1,3 Mrd. EUR auf 3,3 Mrd. EUR, der Anteil des Liquiditätsbestands am Gesamtportfolio vergrößerte sich auf 93 Prozent.

Mit dem Aufbau des Rentenportfolios war ein Anstieg des Risikokapitalbedarfs um 90 Prozent auf 24 Mio. EUR verbunden. Der Risikokapitalbedarf für den Fondsbestand ging dagegen um 70 Prozent auf 8 Mio. EUR zurück. Grund dafür waren Verkäufe und ruhigere Marktphasen im zweiten Halbjahr 2012.

Es bestehen keine Konzentrationen hinsichtlich einzelner Emittenten. Durch das konservative Anlageverhalten ist die DKB AG nur in geringem Umfang in Emerging Markets investiert und verfügt daher über keine nennenswerten Länderrisiken.

Die Renditen deutscher Staatsanleihen profitierten von den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise und sanken im Jahresverlauf. Diese Entwicklung spiegelte sich in den Marktwerten des Rentenbestands wider. Die Kurse, insbesondere der Wertpapiere des Liquiditätsportfolios, legten deutlich zu.

Im Geschäftsjahr verbuchte die DKB AG Zuschreibungen in Höhe von 15,8 Mio. EUR und Abschreibungen in Höhe von 6,1 Mio. EUR.

Entwicklung der Zinsänderungsrisiken aus dem Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko bei einem Zinsshift von ± 200 BP betrug zum Stichtag 73,1 Mio. EUR. Das entspricht einer Auslastung der Eigenmittel nach SolvV von 2,5 Prozent. Es schwankte im Jahresverlauf zwischen 28 Mio. EUR und 188 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr sank das Zinsänderungsrisiko deutlich. Zum Stichtag bestand das Risiko nicht mehr bei Zinserhöhungen, wie noch im Vorjahr, sondern bei Zinssenkungen. Damit ist aktuell der 200-BP-Shift das für die Bank relevante Szenario. Den größten Einfluss auf diese Entwicklung hatten dabei der weitere Ausbau der Kundeneinlagen und der Aufbau des Wertpapierliquiditätsbestands über variabel verzinsten Anleihen. Aufgrund der sinkenden Zinsen stand langfristiges Aktivneugeschäft weniger im Fokus der Geschäftstätigkeit. Die Änderung der Risikosensitivität erfolgte im Dezember durch die Verfeinerung der Produktcluster bei den variablen Produkten der Passivseite. Zusätzlich wurden die Ergebnisse der turnusmäßigen Validierung der Produkte mit unbestimmter Zinsbindung umgesetzt. Da die regulatorischen Eigenmittel als Bemessungsgrundlage für die Limitierung dienen, bewirkte die Erhöhung des Eigenkapitals im Jahr 2012 um insgesamt 160 Mio. EUR zusätzlich eine geringere Limitauslastung.

Der Risikokapitalbedarf für Zinsrisiken des Bankbuchs ist im Jahr 2012 dagegen um 28 Mio. EUR auf 120 Mio. EUR gestiegen, wobei der geringste Wert mit 86 Mio. EUR Ende Juli und der höchste Wert mit 129 Mio. EUR zum 31. März 2012 erreicht wurde. Der Anstieg des Value at Risk resultierte überwiegend aus der gestiegenen Anfälligkeit gegenüber

Zinskurvendrehungen im Berichtszeitraum. Die Zinskurve hat sich 2012 um durchschnittlich 82 Basispunkte verringert und einen steileren Verlauf genommen.

Liquiditätsrisiken

Risikosteuerung und -überwachung

Unter Liquiditätsrisiken wird das Risiko verstanden, gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht mehr termingerecht oder nur zu höheren Kosten erfüllen zu können.

Die Bank hat Art und Umfang des Managementsystems für Liquiditätsrisiken in der Liquidity Policy festgelegt. Diese regelt neben dem organisatorischen Aufbau und der Verteilung der Verantwortlichkeiten auch die Risikomessung, Limitierung und Berichterstattung sowie die Liquiditätssteuerung der Bank. Darüber hinaus definiert die Liquidity Policy Eskalationsprozesse und Notfall- und Liquiditätssicherungsplanungen. Die Grundsätze und Prozesse der Refinanzierung sind in der Funding Policy detailliert dargestellt.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Messung und Steuerung der Liquiditätsrisiken. Er überwacht die Liquiditätsrisiken der Bank wöchentlich auf Grundlage von Risikoberichten und leitet hieraus sowie aus internen Markteinschätzungen Maßnahmen zur Feinsteuerung ab. Mittel- und langfristige Steuerungsmaßnahmen werden dem Vorstand vom Asset Liability Committee (ALCO) vorgeschlagen. Dieses tagt monatlich und besteht aus dem Gesamtvorstand sowie den Bereichsleitern von Treasury und Risk Office.

Der Bereich Treasury ist verantwortlich für die Steuerung der kurzfristigen Liquidität unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Darüber hinaus setzt der Bereich Treasury die Vorgaben des Vorstands im Rahmen der strategischen mittel- und langfristigen Refinanzierung der Bank um. Der Vorstand wird vom Bereich Treasury im Rahmen seiner regelmäßigen Vorstandssitzungen wöchentlich über die Liquiditätssituation unterrichtet. Gegebenenfalls werden Vorschläge für Refinanzierungsmaßnahmen unterbreitet.

Zur Steuerung der quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung verfügt die Bank über ein Limitsystem mit Eskalationsstufen, an das abhängig von der Prognose der Liquiditätsentwicklung für den nächsten Stichtag und der festgelegten Grenzwerte für die Liquiditätsausstattung Handlungsempfehlungen und Verantwortlichkeiten geknüpft sind und über das dem Gesamtvorstand wöchentlich berichtet wird. Die Überwachung des Eskalationsmodells zur aufsichtsrechtlichen Liquiditätssteuerung erfolgt durch den Fachbereich Reporting im Bereich Finanzen.

Zusätzlich wird eine ökonomische Liquiditätsbetrachtung durchgeführt. Dabei wird den saldierten zukünftigen Ein- und Auszahlungen in der Kapitalablaufbilanz das Liquiditätsdeckungspotenzial gegenübergestellt. Die finanziellen Vermögenswerte der Bank unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Einsatzmöglichkeit für die kurzfristige Liquiditätssteuerung. Die Bank hält liquide Vermögenswerte in Form von am Markt veräußerbaren bzw. bei der EZB oder im Deckungsstock als Sicherheit verwendbaren Wertpapieren. Aus die-

sem Liquiditätsbestand kann im Bedarfsfall durch Verkauf, Emission bzw. Nutzung von Offenmarktgeschäften Liquidität generiert werden. Der Hauptteil der finanziellen Vermögenswerte besteht entsprechend dem Geschäftsmodell der Bank aus Krediten. Im von der Bank gehaltenen Wertpapierbestand sind auch Wertpapiere des Nicht-Kerngeschäfts enthalten.

Die ökonomische Liquiditätsbetrachtung wird im Rahmen von Stresstests markt- oder institutsbedingten Schocks ausgesetzt. Diese Szenarien umfassen die konzernweit gültigen Szenarien im BayernLB-Konzern und institutsspezifische Szenarien, die dem Risikoprofil der Bank Rechnung tragen. Die Stresstests gliedern sich in den sogenannten Adverse Case als zentrales Szenario zur Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken, in Bankstressszenarien, die bankspezifische Schocks simulieren, in Marktstressszenarien, die die Auswirkung marktweiter, systematischer Schocks darstellen, und in Kombinations-szenarien. Über ein Eskalationsmodell wird sichergestellt, dass Veränderungen der Liquiditätsausstattung frühzeitig entgegengewirkt werden kann.

Die Ergebnisse der Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials in den einzelnen Szenarien werden dem Vorstand wöchentlich im Rahmen der Vorstandssitzung berichtet. Zusätzlich wird die Entwicklung der Liquiditätsrisiken im Zuge der Risikoberichte des Bereichs Risk Office dargestellt.

Die aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Liquiditätsbetrachtungen bestimmen quantitativ die Eskalationsstufe, in der sich die Bank befindet. Daneben besteht auch die Möglichkeit, anhand von qualitativen Kriterien, wie Markteinschätzungen, Frühwarnstufen oder Liquiditätskrisen, die Eskalation festzustellen. In allen Fällen ist festgelegt, dass ein Notfallgremium Maßnahmen beschließt und deren Umsetzung und Wirkung überwacht.

Refinanzierung

Unverändert bilden Kundeneinlagen, das Förderbankengeschäft und die Emission von Pfandbriefen die wichtigsten Säulen der Refinanzierung. Insbesondere der kontinuierliche Zufluss von Kundeneinlagen (rund 5,7 Mrd. EUR ohne Namensschuldverschreibungen) hat die Refinanzierungsstruktur der Bank erneut maßgeblich geprägt und konnte das Kreditneugeschäft vollständig refinanzieren. Der Ausbau des Einlagengeschäfts macht die Bank unempfindlicher gegenüber negativen Entwicklungen im Kapitalmarkt und reduziert die Abhängigkeit vom Interbankenmarkt.

Die DKB AG konnte im Zuge ihrer diversifizierten Funding-Strategie auch die mittel- bis langfristige Refinanzierung über den Kapitalmarkt stärken. Dazu wurden im Berichtszeitraum Öffentliche Pfandbriefe sowie Hypothekendarlehen mit einem Volumen von rund 0,8 Mrd. EUR liquiditätswirksam emittiert. Die Ratingagentur Moody's bewertet die Öffentlichen Pfandbriefe der DKB AG mit Aa1, die Hypothekendarlehen mit Aa2. Aufgrund des großen deckungsstockfähigen Potenzials wirkt die Ausweitung des Pfandbrief-Fundings diversifizierend und senkt die Risiken aus einer zu großen Konzentration auf eine Refinanzierungsquelle. Darüber hinaus erhöht das Pfandbriefvolumen die fristenkongruente Refinanzierung und trägt so zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken bei.

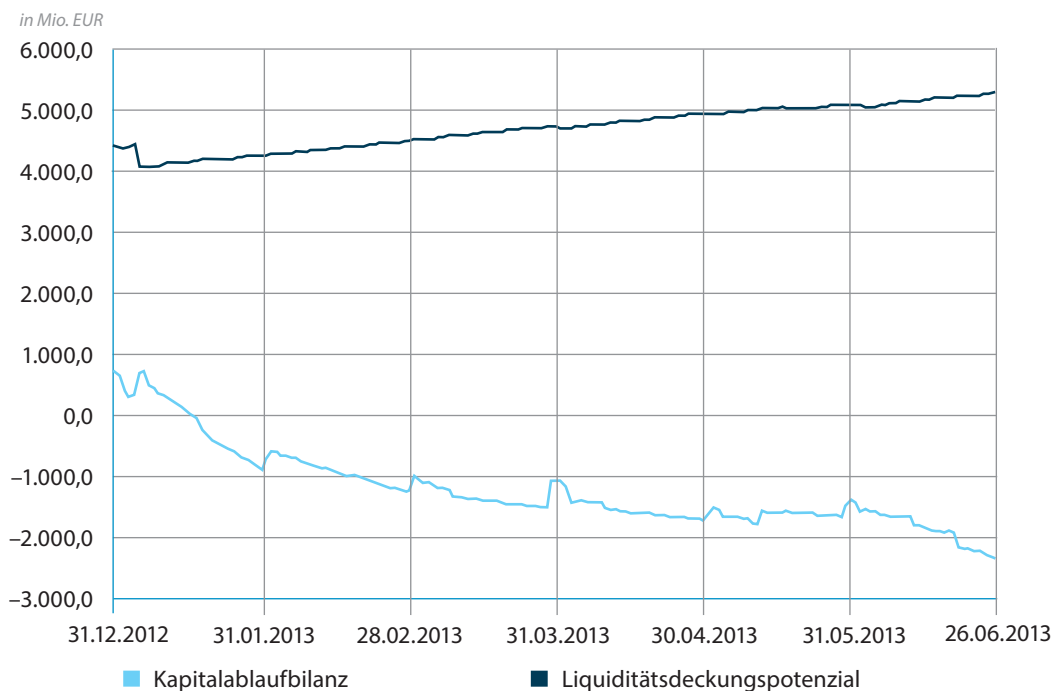
Darüber hinaus wurde das Programmkreditgeschäft mit Förderbanken mit einem Neugeschäftsvolumen von rund 2,3 Mrd. EUR weiter intensiviert.

Das frei verfügbare EZB-Pfanddepot zur Nutzung von Offenmarktgeschäften betrug zum Jahresende 4,4 Mrd. EUR und bildete damit einen signifikanten Liquiditätspuffer.

Die Bank hat im Jahr 2012 ihre Liquiditätsposition weiter gestärkt. Mit dem Ausbau des Wertpapierliquiditätsbestands wurden, auch im Hinblick auf künftige aufsichtsrechtliche Erfordernisse, weitere Risikopuffer gebildet. Die DKB AG hat im Berichtsjahr alle ihre Verbindlichkeiten fristgerecht bedient.

Entwicklung der Risikosituation

Die Liquiditätsübersicht der DKB AG hat zum 31. Dezember 2012 im Normalfall für die nächsten 180 Tage folgende Struktur:



Die Grafik zeigt, dass das Liquiditätsdeckungspotenzial zu jeder Zeit die Liquiditätslücken der Kapitalablaufbilanz deckt. Der geringste Liquiditätsüberhang, der als Saldo aus Kapitalablaufbilanz und Liquiditätsdeckungspotenzial definiert ist, beträgt zum Berichtsstichtag innerhalb der nächsten 180 Tage 3,0 Mrd. EUR. Damit ist die DKB AG mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Die DKB AG hat zum 31. Dezember 2012 für die nach BTR 3.2 der MaRisk für kapitalmarktorientierte Institute zusätzlichen Betrachtungshorizonte von 7 und 30 Tagen ausreichend Liquidität vorgehalten.

Die aufsichtsrechtliche Kennziffer wurde im Berichtsjahr durchgehend eingehalten und lag zum Stichtag bei 2,73.

Operationelle Risiken

Risikosteuerung und -überwachung

Operationelle Risiken sind als Verluste bzw. Schäden aufgrund von Prozess- oder Kontrollschwächen, Rechtsrisiken, technischem Versagen, menschlichem Verhalten, Katastrophen und externen Einflüssen definiert.

Die Bank hat alle Voraussetzungen geschaffen, um die qualitativen Anforderungen an den Standardansatz nach SolvV zu erfüllen und damit den Anforderungen im BayernLB-Konzern zu entsprechen. Mit der Durchführung regelmäßiger Risikoinventuren, dem definierten Schadenmeldeprozess, ergänzt durch das Monitoring kritischer Frühwarnindikatoren und das Business Continuity Planning, verfügt die Bank über Instrumente, um angemessen auf mögliche operationelle Risiken zu reagieren.

Alle Prozesse zur Identifizierung münden in die Schadenfalldatenbank. Neben einem definierten Schadenmeldeprozess für die zentralen Einheiten und Niederlassungen der DKB AG werden die schwebenden und kostenwirksam gewordenen Rechtsrisiken erfasst. Die DKB AG differenziert dabei in Rechtsrisiken mit OpRisk-Hintergrund und strategische bzw. geschäftspolitische Rechtsrisiken. Der Bereich Risk Office übernimmt die regelmäßige Auswertung der Schadenfälle.

Aus den Ergebnissen der Risikoinventur und der Analyse der eingehenden Schadenmeldungen ergibt sich das Risikoprofil der Bank, das die Grundlage des Risikomanagementsystems für operationelle Risiken bildet. Folgende Szenarien bzw. Schadenfallkategorien haben sich dabei als wesentlich herausgestellt:

- Kreditkartendiebstahl oder Kreditkartenmissbrauch
- Phishing und Pharming im internetbasierten Privatkundengeschäft
- Betrugsrisiken im Massenkreditgeschäft
- Ausfall des Internet-Bankings
- Ausfall der Handelssysteme und Nichtverfügbarkeit des Handelsraums
- Prozessrisiken und Vertragsrisiken im Kreditprozess

Die routinemäßig dem Geschäftsbetrieb anzupassende Notfallplanung (Business Continuity Planning) und die Einsetzung eines Krisenstabs begegnen den technischen und organisatorischen Risiken. Die Notfallpläne werden vom Krisenstab erarbeitet und regelmäßig auf ihre Aktualität überprüft und getestet.

Zur Abdeckung der operationellen Risiken hält die Bank ausreichende Eigenmittel vor. Die Zuteilung der Eigenmittel erfolgt jährlich im Rahmen des Risikokapitalallokations-

prozesses (ICAAP). Der Vorstand erhält einen laufenden Überblick über die Höhe der eingetretenen Schäden durch die Risikoberichterstattung.

Entwicklung der Risikosituation

Operationelle Risiken bestehen in erster Linie hinsichtlich der Systemverfügbarkeit zur reibungslosen Abwicklung aller Transaktionen, des Zusammenbruchs des Internetportals der Bank durch externe Einflüsse, der Sicherheit der Daten vor unbefugtem Zugriff, Kontoeröffnungs- bzw. Kreditbetrugs durch gefälschte Unterlagen und Betrugs mit bargeldlosen Zahlungsmitteln.

Die im Jahr 2012 aus operationellen Risiken realisierten Schäden sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen und liegen zum Stichtag bei rund 8,5 Mio. EUR (Vorjahr: ca. 8 Mio. EUR). Die Stabilisierung bei den OpRisk-Schäden ist im Wesentlichen auf die im letzten Jahr erfolgreich umgesetzten Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von externem Betrug zurückzuführen.

Für das Jahr 2013 wird mit einer weiterhin konstanten Entwicklung bei den Schäden aus operationellen Risiken gerechnet.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Gemäß der Definition im Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 5 ist „das Risikomanagementsystem ein nachvollziehbares, alle Unternehmensaktivitäten umfassendes System, das auf Basis einer definierten Risikostrategie ein systematisches und permanentes Vorgehen mit folgenden Elementen umfasst: Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung dieser Aktivitäten“.

Das zur Steuerung dieser Risiken eingerichtete interne Kontrollsystem wird als integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems zusammengefasst dargestellt.

Gesetzliche Regelung

Die DKB AG hat im Lagebericht gemäß § 289 Abs. 5 HGB i. V. m. § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des internen Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Ein Sachverhalt ist wesentlich, wenn die Beurteilung des Jahresabschlusses und die Qualität der Rechnungslegungsinformationen durch den Bilanzleser beim Verzicht auf diese Informationen beeinträchtigt wären.

Zielsetzung und Organisation

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass die in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung trotz identifizierter Risiken einge-

halten werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass die ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden im Jahresabschluss zutreffend angesetzt, ausgewiesen und bewertet werden, das heißt ein regelkonformer Jahresabschluss erstellt wird.

Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben. Wie alle Ermessensentscheidungen können auch solche zur Einrichtung angemessener Systeme grundsätzlich aufgrund von Fehlern, Irrtümern, Veränderungen der Umgebungsvariablen oder kriminellen Umgehungen fehlerhaft sein. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlansagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherung aufgedeckt oder verhindert werden.

Der Gesamtvorstand als gesetzlicher Vertreter der DKB AG hat gemäß § 264 HGB i. V. m. § 242 HGB den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Auf Vorschlag des für den Bereich Finanzen zuständigen Vorstands entscheidet der Gesamtvorstand hierzu über alle Strategien und wesentlichen Fragen. Der Bereich Finanzen erstellt den Jahresabschluss der DKB AG. Hierbei sind in die Erstellung des Lageberichts neben den Marktbereichen insbesondere die Bereiche Unternehmensentwicklung und Risk Office eingebunden.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess spiegelt sich entsprechend in der Aufbau- und Ablauforganisation wider. Während das betriebliche Rechnungswesen hinsichtlich der Erfassung von Geschäftsvorfällen dezentral organisiert ist, sind jahresabschlussrelevante Buchungen und die Erstellung des Jahresabschlusses ausschließlich dem Bereich Finanzen vorbehalten. In Bezug auf die Aufbauorganisation gibt es eine klare Trennung der vollziehenden, buchenden und verwaltenden Tätigkeiten. Des Weiteren sind klare Kompetenzordnungen sowie Funktionszuordnungen und -trennungen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereiche und Mitarbeiter geregelt.

In der Ablauforganisation ist neben einer weitestgehenden Standardisierung von Prozessen und Software insbesondere ein adäquates Anweisungswesen für Kernaktivitäten und -prozesse festgelegt. Zudem ist das Vieraugenprinzip für wesentliche Geschäftsvorfälle verpflichtend. Darüber hinaus wurden Compliance-Regeln definiert, nach denen bestimmte relevante Informationen Mitarbeitern nur zur Verfügung gestellt werden, sofern sie diese für ihre Arbeit benötigen.

Implementierung und Qualitätssicherung

Für die Erstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts hat die DKB AG geschäftsspezifische Arbeitsanweisungen erstellt, aus denen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten hervorgehen und die die Grundlage für das von der Bank eingerichtete interne Kontrollsystem darstellen. Die Maßnahmen zur Aufbauorganisation betreffen insbesondere den Bereich Finanzen. Alle anderen Bereiche und Fachbereiche, die mit

Buchungstätigkeiten betraut sind, verfügen ebenfalls über schriftliche Dokumentationen ihrer Arbeitsabläufe.

Innerhalb des Bereichs Finanzen herrscht eine klare Funktionstrennung, was sich zum Beispiel in separaten Teams zur Einzel- und Konzernabschlusserstellung sowie zur Bearbeitung steuerlicher Fragestellungen widerspiegelt. Grundsatzfragen der Rechnungslegung werden im Rahmen von Projekten erarbeitet und vom Gesamtvorstand beschlossen. Darüber hinaus sind unvereinbare Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar getrennt oder unterliegen dem Vieraugenprinzip. Der Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Vetorecht durch den Bereich Finanzen zur Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte sind Beispiele für die bereichsübergreifende Abstimmung. Alle beteiligten Bereiche müssen entsprechend ihrer Zuständigkeit die Geschäfts- und Zwischenberichte vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen, wodurch eine weitere Kontrollstufe für die offenzulegenden Berichte und Unternehmensangaben erreicht wird.

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses sind sowohl maschinelle bzw. systembasierte als auch manuelle bzw. nicht systembasierte Kontrollen implementiert. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern so weit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Dabei erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle der DKB AG im Wesentlichen mithilfe des Kernbankensystems (OSPlus) der Finanz Informatik GmbH & Co. KG unter Zugrundelegung eines standardisierten Kontoplans. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten des Kernbankensystems täglich gesichert und archiviert. Allgemein ist das Kernbankensystem gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt, wodurch bewusster Manipulation begegnet wird.

Neben den systembasierten Kontrollen sind zusätzlich manuelle bzw. nicht systembasierte Kontrollen implementiert. So werden die Zumeldungen der Bereiche bzw. der externen Dienstleister (zum Beispiel für Pensionsgutachten) in einem standardisierten Prozess auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Dabei werden unter anderem Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen sowohl zum Vorjahr als auch zur Planungsrechnung durchgeführt sowie monatliche Plausibilisierungen der Finanzzahlen und gegebenenfalls Anpassungen der Hochrechnungen vorgenommen. Außerdem gelten als einheitliche und allgemein verbindliche Richtlinien die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften gemäß HGB, AktG, KWG, RechKredV, DMBilG und PfandBG. Vorgegeben werden darüber hinaus Terminpläne, um bei Terminengpässen zeitgerecht reagieren zu können. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und – soweit erforderlich – angepasst (zu weiteren Einzelheiten wird auf den Anhang verwiesen). Die Mitarbeiter im Bereich Finanzen werden, unter Berücksichtigung ihrer Zuständigkeit und Verantwortung, sowohl fachlich als auch technisch regelmäßig und anlassbezogen geschult.

Die DKB AG überprüft und verbessert gegebenenfalls ihr internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend im Rah-

men der Sitzungen des Vorstands und bereichsintern. Als Ergebnis werden auch Anpassungen an neue Gegebenheiten, wie zum Beispiel Veränderungen in der Struktur und dem Geschäftsmodell des DKB-Konzerns oder neue gesetzliche Anforderungen, vorgenommen.

Überwachung

Entsprechend den internen Regelungen kommt der internen Revision die Aufgabe zu, Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft die interne Revision entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems. Darin eingeschlossen sind auch regelmäßige Prüfungen der IT-Systeme, die in Zusammenarbeit mit der internen Revision der BayernLB durchgeführt werden. Die interne Revision ist direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und in der Wahrnehmung ihrer Funktionen unabhängig und selbstständig tätig. Dabei ist sie weder in die zu prüfenden Arbeitsabläufe integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung ihrer Aufgaben hat die interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT-Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Er erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für den Jahres- und den Konzernabschluss gemäß § 264 bzw. § 290 HGB. Der Aufsichtsrat stellt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Abschlussprüfer KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, testierten Jahresabschluss und Lagebericht fest.

Gemäß § 100 Abs. 5 AktG ist der Aufsichtsrat mit einem unabhängigen Mitglied mit Sachverstand in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung besetzt. Das unabhängige Aufsichtsratsmitglied wurde vom Aufsichtsrat eingesetzt, um ihn in der Aufgabe der eingehenden und zeitnahen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts vorbereitend zu unterstützen. Der Aufsichtsrat ist für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems sowie der Abschlussprüfung, hier insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, verantwortlich.

Der Abschlussprüfer nimmt an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere über wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist im Anhang beschrieben.

PROGNOSEBERICHT

Erwartete Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen Aussichten in Deutschland haben sich moderat verschlechtert. Dies resultiert vorwiegend aus einer erwarteten Rezession im Eurogebiet, der Deutschland sich voraussichtlich nicht vollständig wieder erholen kann, einer Verlangsamung der globalen Konjunktur insgesamt und Unsicherheiten infolge der europäischen Staatsschuldenkrise. Die Bundesbank sagt im Monatsbericht Dezember 2012 nur noch ein BIP-Wachstum von 0,4 Prozent für das kommende Jahr voraus. Allerdings sieht die Zentralbank Deutschland bereits im Jahr 2014 wieder zu einem soliden Wachstum von 1,9 Prozent zurückfinden. Es bestünden dennoch hohe Risiken. Die Prognose steht daher unter dem Vorbehalt, dass sich die Eurokrise nicht weiter verschärft. Eine weitere Verschärfung oder eine Abschwächung der Weltwirtschaft dürfte sich auch in Deutschland mit einer niedrigeren Wirtschaftsleistung auswirken und Rückwirkungen auf die Finanzmärkte wie auch auf die Zielkunden der DKB AG haben.

Angesichts der schwierigen Lage in den EU-Peripheriestaaten und einer immer noch niedrigen Inflation ist davon auszugehen, dass die EZB an ihren Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage an den Kapitalmärkten festhält oder diese bei Notwendigkeit sogar ausweitet. Dies betrifft ihre geldpolitischen Maßnahmen wie die Liquiditätsflutung zur Beruhigung des Interbankenmarkts oder den Erwerb von Staatsanleihen zur Stützung der Krisenstaaten.

Dass es bei den Langfristgeschäften der EZB ab dem 30. Januar zu hohen Sondertilgungen kam, deutet darauf hin, dass der Interbankenmarkt wieder besser funktioniert. Trotzdem bleibt die Lage an den Finanzmärkten in den kommenden Jahren voraussichtlich sehr volatil. Auch wenn mit dem ESM nun das zentrale Element des europäischen Rettungsmechanismus seine Tätigkeit aufgenommen hat, stehen umfangreiche Veränderungen in den regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an. Dazu zählen die Ausgestaltung des Fiskalpaktes und die Einrichtung einer zentralen europäischen Bankenaufsicht. Viele Marktakteure sind nach wie vor nicht von einer nachhaltigen Lösung der Staatsschuldenkrise überzeugt. Dies macht die Märkte in den kommenden Jahren besonders anfällig für Schwankungen.

Allgemeiner Ausblick

Für die DKB AG bedeuten die Unsicherheiten am Bankenmarkt und die hohe Volatilität an den Geld- und Kapitalmärkten, dass sie auch 2013 ihre Zins- und Kreditvergabepolitik sowie ihre Risikomanagementprozesse kontinuierlich an den Marktgegebenheiten orientieren und entsprechend weiterentwickeln wird. Dabei bleibt sie konsequent auf das strategische Kerngeschäft in den definierten Kundengruppen in den Bereichen Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden mit dem Ziel konzentriert, die DKB AG als nachhaltige Hausbank zu etablieren. Im Rahmen des Restrukturierungskonzepts der BayernLB wird der schrittweise Abbau des Nicht-Kerngeschäfts entsprechend den konzernweiten Vorgaben fortgeführt.

Gemäß ihrem Geschäftsmodell hält die DKB AG auch in den kommenden Jahren an ihrer Refinanzierungsstrategie fest und nutzt zur Liquiditätssicherung vor allem Kundeneinlagen, Pfandbriefemissionen sowie das Förderbankengeschäft. Dabei bleibt der Fokus hauptsächlich auf das Einlagenwachstum gerichtet. Zudem wird die mittel- bis langfristige Refinanzierung durch die Emission von Pfandbriefen weiter gestärkt. Beim Aufbau der Liquiditätsreserve nach Basel III setzt die DKB AG weiter auf hochliquide Anleihen mit geringer Duration bei gleichzeitig fortgesetztem Abbau von Papieren des Nicht-Kerngeschäfts.

Im Mittelpunkt des Personalmanagements stehen die Nachwuchsentwicklung, die Identifikation und die Entwicklung von Potenzialen sowie das Thema Gesunderhaltung. Die DKB Management School wird Maßnahmen zur Sicherstellung der Arbeitsqualität in der DKB AG durchführen. Dazu wird sie im Rahmen von Fachseminaren und Verhaltenstrainings die notwendigen Kompetenzen der Mitarbeiter und Führungskräfte stärken.

Privatkunden

Der Marktanteil der Direktbanken in Deutschland wird voraussichtlich weiter steigen. Die DKB AG geht davon aus, dass sich der ohnehin intensive Wettbewerb um Privatkunden weiter verstärkt. Der Bedarf an „Instant Payment“ wird zunehmen. Hier werden neue Anbieter ihr Engagement ausweiten und zu einem verschärften Wettbewerb führen. Die Aktivitäten der DKB AG bleiben entsprechend der Geschäftsstrategie auch zukünftig am Leitbild der nachhaltigen Hausbank im Internet orientiert. Dabei steht qualitatives Wachstum im Vordergrund. Entsprechend wird besonderes Augenmerk auf Kundenzufriedenheit und Kundenbindung gelegt. In diesem Zusammenhang wird unter anderem die Service- und Kundenkommunikation weiterentwickelt sowie ein Ausbau der Mehrwertleistungen betrieben. Die DKB AG rechnet bis zum Jahresende 2013 mit einer Privatkundenzahl von mindestens 2,7 Millionen. Beim Passivvolumen geht sie von einer Zunahme auf dem Niveau der Vorjahre aus, beim Forderungsvolumen von einem leichten Rückgang.

Die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Aussichten lassen aus heutiger Sicht keine Erhöhung des Ausfallrisikos für das kommende Geschäftsjahr erwarten. Die DKB AG behält ihre strengen Kontrollkriterien bei und überprüft diese kontinuierlich.

Infrastruktur

Im Bereich Infrastruktur wird die DKB AG ihre strategische Ausrichtung auf ausgewählte Zielbranchen beibehalten. Sie wird die Geschäftsentwicklung vorantreiben, indem sie die Chancen nutzt, die sich aus der Energiewende ergeben. Die DKB AG rechnet im Bereich Infrastruktur mit risikoadäquatem Aktivwachstum auf Vorjahresniveau. Auf der Passivseite wird ebenfalls ein Anstieg erwartet, der allerdings niedriger als im Jahr 2012 ausfallen dürfte.

In der Kundengruppe Wohnen geht die DKB AG für die nächsten zwölf Monate von einer positiven Entwicklung sowohl beim Aktiv- wie auch beim Passivgeschäft aus. Wachstumsfelder für die DKB AG eröffnen sich insbesondere bei der energetischen Sanierung und

dem altersgerechten Umbau sowie beim Neubau in den großen Ballungszentren. Dämpfend wirkt die voraussichtlich weiter steigende Konkurrenz von Banken und auch Versicherungen, die vermehrt auf risikoarmes Immobilienkreditgeschäft setzen.

Die Energiewende wird auch im kommenden Jahr für ein positives Investitionsklima sorgen. Daraus resultieren vielschichtige Investitionsansätze für die Bestands- und Zielkunden der DKB AG in der Kundengruppe Energie und Versorgung. Dies betrifft insbesondere Investitionen in Anlagen zur Stromgewinnung aus regenerativen Quellen, den Netzausbau und Netzurückkäufe, Investitionen in sogenannte intelligente Netze und Stadtwerk-Neugründungen. In allen Zielbranchen dieser Kundengruppe sieht die DKB AG im kommenden Jahr Wachstumspotenzial im Aktivgeschäft.

Bei Gesundheit und Pflege kommt es zu einer teilweisen Verbesserung der Rahmenbedingungen. Das zum 1. Januar 2013 in Kraft tretende Pflege-Neuausrichtungsgesetz dürfte Anbieter ambulanter Pflegedienstleistungen fördern. Eine rückläufige Landesförderung für Krankenhausinvestitionen führt zu einem höheren Finanzierungspotenzial für die Kreditwirtschaft. Die DKB AG strebt in der Kundengruppe eine positive Entwicklung von Kundenzahl, Einlagen- und Kreditgeschäft an. Der Fokus wird dabei auf granularen Einlagen sowie einem risikoadäquaten granularen Zuwachs des Aktivvolumens liegen.

Die Kundengruppe Bildung und Forschung könnte von einem gestiegenen Bedarf an Finanzierungen für neue Einrichtungen zur Kinderbetreuung profitieren. Sollte sich die Nachfrage wie erwartet entwickeln und es die Marktsituation hinsichtlich Risiko und Konditionsgestaltung zulassen, wird die DKB AG vermehrt Finanzierungen für Kindertagesstätten bereitstellen.

PPP wird sich als alternative Beschaffungsform der öffentlichen Hand in den kommenden Jahren weiterhin in einem schwierigen Marktumfeld bewegen. Die DKB AG wird sich vor allem auf kleinere Projekte wie Schulen, Kindertagesstätten und energetische Gebäudesanierungen im Rahmen von Contractingvorhaben konzentrieren.

Firmenkunden

Das Geschäftsmodell im Bereich Firmenkunden wird auch 2013 zu einer soliden Geschäftsentwicklung mit einer ausgewogenen Risikostruktur führen. Dazu trägt die ausgewogene Kundenstruktur in den Kundengruppen Umwelttechnik, Landwirtschaft und Ernährung, Tourismus und Freie Berufe bei. Auf der Aktivseite geht die DKB AG von einer gegenüber dem Vorjahr etwas nachlassenden Dynamik aus. Bei den Einlagen wird insgesamt eine leichte Zunahme erwartet.

In der Kundengruppe Umwelttechnik rechnet die DKB AG mit fortgesetztem Wachstum sowohl im Aktiv- als auch im Passivgeschäft. Den Hintergrund bildet die Energiewende, die auch in den kommenden Jahren hohe Investitionen und damit einen hohen Finanzierungsbedarf auslösen wird. Aufgrund der gesetzlich definierten Begrenzung des Ausbaus der Photovoltaik wird die Wachstumsdynamik in diesem Zielkundensegment im Rahmen der Projektfinanzierung künftig schwächer ausfallen als in der Vergangenheit. Flächen-

ausweisungen und Repowering werden voraussichtlich die Nachfrage nach Investitionen in Windenergie verstärken.

Einen weiteren Ausbau des aktivischen Geschäftsvolumens erwartet die DKB AG bei Landwirtschaft und Ernährung. Dies ist vornehmlich auf eine erwartete hohe Investitionsbereitschaft der Landwirtschaftsbetriebe zurückzuführen. Hintergrund der Annahme sind anhaltend niedrige Zinsen, günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine Einigung über die Weiterführung der EU-Agrarförderung in den Jahren 2014 bis 2020.

In der Kundengruppe Tourismus geht die DKB AG für den Prognosezeitraum von schlechteren Rahmenbedingungen für die Zielkunden aus. Ursache sind steigende Energiekosten und die angestrebte Einführung einer kommunalen Bettensteuer. Daher erwartet die DKB AG eine nachlassende Marktdynamik und plant in dieser Kundengruppe mit einem Aktiv- und Passivvolumen auf der aktuellen Höhe.

Die Bank wird bei der Kundengruppe Freie Berufe auch 2013 die festgelegte Strategie weiter fortführen und erwartet eine stabile Geschäftsentwicklung.

Nicht-Kerngeschäft

Gemäß der übergeordneten Abbaustrategie wird die DKB AG die nicht mehr strategiekonformen Portfolios weiterhin geordnet abbauen. Erfolg und Dauer der Maßnahmen hängen von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Realisierbarkeit kundenindividueller Lösungen ab. Die Reduzierung des nicht strategiekonformen Wertpapierbestands wird unverändert bei Fälligkeiten bzw. durch opportunistisches Ausnutzen von Marktchancen erfolgen. Die Verkaufsvorbereitungen sowie bereits eingeleitete Verkaufsprozesse nichtstrategischer Beteiligungen werden fortgesetzt. Die Portfolios unterliegen einer kontinuierlichen Beobachtung und kundenindividuellen Analyse, um zusätzliche Belastungen aus dem Abbau zu vermeiden.

Unverändert werden weder zusätzliche Ergebnisbelastungen noch Risiken aus der Umsetzung der Abbaustrategie erwartet. Bezüglich der allgemeinen Risikosituation dieses Bestands wird auf den Risikobericht verwiesen.

Die DKB AG geht insgesamt davon aus, dass der Abbau in diesem Bereich auch 2013 erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Beteiligungen

Die SKG BANK AG strebt 2013 eine Steigerung des Umsatzes bei Privatarlehen an.

Die DKB Finance-Gruppe konzentriert sich in den kommenden Jahren hauptsächlich auf die Entwicklung und Veräußerung von bestehenden Beteiligungen sowie situativ auf die Erweiterung des Portfolios. Darüber hinaus wird die DKB Finance-Gruppe den DKB-Konzern im Rahmen von Projektaufträgen bei Sanierungsengagements und gewerblichen Immobilienprojekten unterstützen. Der Verkaufsprozess für die Stadtwerke Cottbus

GmbH wird im Prognosezeitraum weitergeführt. Die DKB Finance-Gruppe geht auf der Grundlage von zu erwartenden Beteiligungserträgen und Verkaufserlösen von einer insgesamt positiven Geschäftsentwicklung aus.

Auch zukünftig bleibt der Fokus der DKB Service GmbH darauf gerichtet, Dienstleistungen für die DKB AG zu erbringen. Die Gesellschaft konzentriert sich dabei weiterhin sowohl auf den Privatkundenbereich als auch auf die Übernahme von standardisierten Prozessen für die Bereiche Infrastruktur und Firmenkunden. Die Aktivitäten innerhalb des BayernLB-Konzerns werden fortgesetzt, um die Stellung der DKB Service GmbH als kompetenter Partner für Servicedienstleistungen weiter auszubauen.

Die DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung GmbH-Gruppe wird 2013 die in den Gesellschaften verbliebenen Geschäftsaktivitäten weiter systematisch abarbeiten.

Fazit

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird in erster Linie vom Umgang mit der Staatsschuldenkrise im Euroraum geprägt sein und von dem Gelingen einer nachhaltigen Lösung abhängen. Bis dahin wirken sich die bestehenden Unsicherheiten sowohl auf die Finanzmärkte als auch auf den deutschen Bankenmarkt aus.

Bei Ausschöpfung des Potenzials in den Bereichen Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden, entsprechender Entwicklung der Zinsstruktur und dem Ausbleiben außerordentlicher Ereignisse rechnet die DKB AG im kommenden Jahr mit risikokapitalschonendem Wachstum und positiven Geschäftsergebnissen. Bei der Bilanzsumme geht sie von einem moderaten Anstieg aus. Die DKB AG plant mit einem Zinsüberschuss mindestens auf der Höhe des Vorjahres bei stabiler Risikovorsorge. Das Ergebnis vor Gewinnabführung wird voraussichtlich etwas niedriger als im Vorjahr um 200 Mio. EUR liegen, da im außerordentlich guten Ergebnis des Jahres 2012 außerordentliche Erträge aus dem Verkauf der DKB Immobilien AG enthalten waren.

Die DKB AG wird die Fokussierung auf ihr strategisches Kerngeschäft beibehalten und konzentriert sich auf die definierten Kundengruppen in den Bereichen Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden. Im Geschäft mit Privatkunden setzt sie in den kommenden Jahren ihre Aktivitäten fort, sich als nachhaltige Hausbank im Internet zu positionieren. Die DKB AG rechnet bis zum Jahresende 2013 mit einem Anstieg der Privatkundenzahl auf mindestens 2,7 Millionen und fortgesetztem Einlagenwachstum. In den Bereichen Infrastruktur und Firmenkunden strebt die Bank eine Ausweitung sowohl des Aktiv- wie auch des Passivgeschäfts an.

Der weitere Ausbau der zinsgünstigen Refinanzierung über Kundeneinlagen, Förderkredite und Pfandbriefemissionen wird die DKB AG auch zukünftig in die Lage versetzen, das angestrebte Wachstum im Aktivgeschäft zu unterlegen, die Liquidität sicherzustellen und innerhalb des BayernLB-Konzerns als Refinanzierer zu fungieren.

HGB-BILANZ DER DEUTSCHEN KREDITBANK AG

ZUM 31. DEZEMBER 2012

Aktivseite	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	3.052		2.592
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	624.308		586.229
		627.360	588.821
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	164.658		229.052
b) andere Forderungen	6.661.524		4.093.416
		6.826.182	4.322.468
4. Forderungen an Kunden			
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	TEUR 22.926.219	53.620.862	51.110.572
	(Vorjahr: TEUR 22.134.572)		
Kommunalkredite	TEUR 8.918.853		
	(Vorjahr: TEUR 8.292.056)		
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	2.298.333		1.204.577
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TEUR 2.298.333		
	(Vorjahr: TEUR 1.204.577)		
bb) von anderen Emittenten	1.727.705		2.188.161
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TEUR 1.689.423		
	(Vorjahr: TEUR 2.113.330)		
c) eigene Schuldverschreibungen	751.187		749.380
Nennbetrag:	TEUR 750.000	4.777.225	4.142.118
	(Vorjahr: TEUR 750.000)		
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		120.524	122.521
7. Beteiligungen		20.718	20.334
darunter: an Kreditinstituten	TEUR 19.996		
	(Vorjahr: TEUR 19.996)		
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		101.478	201.527
darunter: an Kreditinstituten	TEUR 79.800		
	(Vorjahr: TEUR 79.800)		
9. Treuhandvermögen		11.207	11.643
darunter: Treuhandkredite	TEUR 11.183		
	(Vorjahr: TEUR 11.622)		
12. Sachanlagen		0	2
14. Sonstige Vermögensgegenstände		13.948	23.119
15. Rechnungsabgrenzungsposten		17.563	33.627
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		4.017	3.496
Summe der Aktiva		66.141.084	60.580.248

Passivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		49.050		652.957
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		19.460.176		20.523.207
			19.509.226	21.176.164
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		134.496		95.076
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	22.604.215			21.182.796
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.064.603	38.668.818		11.538.761
			38.803.314	32.816.633
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			4.453.604	3.591.237
4. Treuhandverbindlichkeiten			11.207	11.643
darunter: Treuhandkredite	TEUR 11.183			
	(Vorjahr: TEUR 11.622)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			283.679	151.516
6. Rechnungsabgrenzungsposten			12.738	14.584
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		29.656		24.888
b) Steuerrückstellungen		0		950
c) andere Rückstellungen		115.930		71.386
			145.586	97.224
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			487.666	487.718
10. Genusrechtskapital			18.152	17.617
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	TEUR 0			
	(Vorjahr: TEUR 0)			
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			80.000	0
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		339.300		339.300
b) Kapitalrücklage		1.314.381		1.194.381
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	242.436			242.436
cd) andere Gewinnrücklagen	439.795			439.795
		682.231		682.231
			2.335.912	2.215.912
Summe der Passiva			66.141.084	60.580.248
1. Eventualverbindlichkeiten				
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			484.097	570.984
2. Andere Verpflichtungen				
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			2.309.554	2.989.594

HGB-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER DEUTSCHEN KREDITBANK AG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2012 BIS 31. DEZEMBER 2012

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.412.744		2.351.467
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		52.895		45.779
			2.465.639	2.397.246
2. Zinsaufwendungen			1.873.204	1.783.766
			592.435	613.480
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.538		1.081
b) Beteiligungen		0		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		206		343
			1.744	1.424
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.202	7.037
5. Provisionserträge			264.807	249.935
6. Provisionsaufwendungen			269.445	245.706
			-4.638	4.229
8. Sonstige betriebliche Erträge			17.996	7.263
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	89.796			82.318
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19.063			17.072
darunter:		108.859		99.390
für Altersversorgung	TEUR 5.759			
	(Vorjahr: TEUR 4.615)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		174.568		164.594
			283.427	263.984
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			0	866
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			24.051	18.016
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft			117.317	223.056
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			6.122	1.726
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			191.066	129.237
20. Außerordentliche Erträge			59.985	0
21. Außerordentliche Aufwendungen			19.013	10.073
22. Außerordentliches Ergebnis			40.972	-10.073
23. Ertrag aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		19.170		1.483
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		89		156
			19.081	1.327
26. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			251.119	120.491
27. Jahresüberschuss			0	0
34. Bilanzgewinn			0	0

ANHANG

Grundlagen zur Aufstellung

Der Jahresabschluss der Deutschen Kreditbank AG (DKB AG) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und den Regelungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern 1 und 3 der RechKredV.

Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340e ff. HGB).

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten oder – bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Forderungen werden zum Nennwert, zu den Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag ausgewiesen. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf deren Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt. Forderungen aus Sachdarlehen (Lieferansprüche im Rahmen der Wertpapierleihe) werden wie die zugrunde liegenden Wertpapiere bewertet.

Die Bewertung der Wertpapierbestände des Umlaufvermögens erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots. Soweit ein inaktiver Markt besteht, wird der gemäß § 253 Abs. 3 HGB niedrigere beizulegende Wert aus einem Discounted-Cashflow-basierten Bewertungsmodell unter Berücksichtigung marktgängiger Parameter hergeleitet. Hierbei ergibt sich der risikobehaftete Zinssatz auf Basis von Marktzinssätzen mit der jeweiligen Restlaufzeit abgeleitet aus der EURO-SWAP-Kurve zuzüglich eines aus dem Markt abgeleiteten Liquiditätsspreads sowie eines auf aktuellen Ratings basierenden individuellen Bonitätsaufschlags.

Zum 31. Dezember 2012 wurde nur noch ein (Vorjahr: drei) Wertpapier mit einem Nominalvolumen in Höhe von 20,0 Mio. EUR (Vorjahr: 50,0 Mio. EUR) zum Modellkurs bewertet.

Die als Kreditersatzgeschäft definierten Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine Widmung der Wertpapiere zum Anlagevermögen erfolgt bereits im Rahmen des jeweiligen Erwerbs durch entsprechenden Beschluss. Echte Wertpapierpensionsgeschäfte im Sinne des § 340b Abs. 4 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Für alle erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Vorsorge getroffen worden. Darüber hinaus bestehen für latent

vorhandene Kreditrisiken Pauschalwertberichtigungen sowie ein „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung von Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die Einbuchung der Rückstellungen erfolgt nach der Nettomethode, das heißt, es wird der abgezinste Erfüllungsbetrag eingebucht und in den Folgejahren zulasten des Zinsergebnisses aufgezinnt.

Sonstige Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und ihre Höhe zuverlässig ermittelbar ist. Rückstellungen für Gewährleistungen, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden, werden nicht gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen im Kreditgeschäft auf Einzelgeschäftsebene gebildet. Insgesamt ist sichergestellt, dass weniger für als gegen die Inanspruchnahme für gemäß den §§ 26 und 27 RechKredV unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen spricht.

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen (Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelung) erfolgt jährlich durch ein versicherungsmathematisches Gutachten unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Es werden die unmittelbaren leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen bewertet, wobei die dort vorhandenen Vermögensmittel diesen Verpflichtungen gegenübergestellt werden.

Für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Annahmen p. a.	Zinssatz
Rechnungszinssatz	5,05 % ¹
Gehaltstrend	2,00 %
Karrieretrend	1,50 %
Entwicklung Beitragsbemessungsgrenze	2,00 %
Rententrend	2,00 %
Fluktuation	0,00 %
Pensionsalter	64 Jahre

¹ Der Abzinsungssatz entspricht der Bundesbankveröffentlichung per 30. November 2012. Die Veränderung des Zinssatzes um – 0,01 % zum 31. Dezember 2012 bleibt wegen Unwesentlichkeit unberücksichtigt.

Die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen erfolgt mittels des finanzmathematischen Verfahrens „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertmethode). Diese Methode berücksichtigt neben dem Barwert der erdienten Pensionsansprüche und dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens auch die noch ungetilgten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, die sich aus unvorhergesehenen Änderungen der Pensionsverpflichtung (Differenz von erwartetem zu tatsächlichem Verpflichtungsumfang) durch abweichende tatsächliche Bestandsveränderungen oder Gehalts- bzw. Rentenerhöhungen oder durch am Ende des Geschäftsjahres neu festgelegte Berechnungsparameter (und auch von dem erwarteten abweichenden tatsächlichen Ertrag aus einem Planvermögen bei einem externen Träger) ergeben. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste für Pensionsverpflichtungen werden erfolgswirksam erfasst. Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet. Ein die Verpflichtungen übersteigender Betrag wird gesondert als Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung aktiviert.

Die aus der Anwendung der gemäß des BilMoG geänderten Bewertungsparameter resultierenden Fehlbeträge bei den Pensionsrückstellungen sowie den pensionsähnlichen Verpflichtungen wurden im Berichtsjahr vollständig zulasten des außerordentlichen Aufwands zugeführt. Dadurch entfällt in den Folgeperioden die jährliche Zuführung.

Derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte, Swaps, Optionen) werden entsprechend ihrer Zweckbestimmung ausschließlich einem Sicherungsbestand zugeordnet. Gezahlte bzw. erhaltene Optionsprämien sowie die positiven bzw. negativen Marktwerte der zur Deckung von Wechselkurschwankungen eingesetzten Devisentermingeschäfte mit

einer Laufzeit von unter einem Jahr bzw. einer besonderen Deckung nach § 340h HGB werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Sicherungsgeschäfte und gesicherte Geschäfte werden zu Bewertungseinheiten nach § 254 HGB zusammengefasst und nach der Einfrierungsmethode abgebildet. Darüber hinaus werden Zinsderivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch eingesetzt. Das Zinsänderungsrisiko wird auf Basis einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Geschäfte nach dem Grundsatz der verlustfreien Bewertung beurteilt. Ergibt die Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs einen Verpflichtungsüberschuss, so wird eine Drohverlustrückstellung nach § 249 Abs. 1 HGB gebildet. Die Grundlage für die Bewertung bildet der IDW Rechnungslegungsstand IDW RS BFA 3. Hierbei wurde im Rahmen einer GuV-orientierten Betrachtung des Bestandsgeschäfts unter Berücksichtigung der Schließung offener Festzinspositionen sowie von Risikokosten und Verwaltungskosten ein barwertiges Periodenergebnis über den Gesamtbetrachtungszeitraum ermittelt.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Grundsätzen des § 256a HGB i.V.m. § 340h HGB. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden werden mit den durch die EZB veröffentlichten Euro-Referenzkursen des Abschlusstichtags umgerechnet. Die Umrechnung nicht abgewickelter Termingeschäfte erfolgt zum Terminkurs. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung zinstragender Bilanzposten, so wird unter Wesentlichkeitsaspekten hinsichtlich der verbleibenden Nettosition und aufgrund der kurzen Restlaufzeit der Geschäfte (unter einem Jahr) auf die Spaltung des Terminkurses verzichtet. Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden je Währung zu einer Devisenposition zusammengeführt und gemäß § 340h HGB als besonders gedeckt eingestuft. Dementsprechend werden die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Latente Steuern werden aufgrund des mit der BayernLB abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags und der daraus resultierenden ertragsteuerlichen Organschaft auf Ebene des Organträgers abgebildet.

Die Aufgliederung der Bilanzposten erfolgt gemäß den Vorschriften der RechKredV.

Angaben zur Bilanz

Aktivseite

Forderungen an Kreditinstitute

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Andere Forderungen mit Restlaufzeit		
bis drei Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	1.125,9	293,6
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.223,2	63,8
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.839,1	3.229,1
mehr als fünf Jahre	473,3	506,9
Forderungen an verbundene Unternehmen	6.010,0	3.730,5

Forderungen an Kunden

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Forderungen mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	3.477,4	3.243,4
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.565,6	2.280,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.337,6	10.554,3
mehr als fünf Jahre	34.878,0	34.067,1
mit unbestimmter Laufzeit	1.362,3	965,8
Forderungen an verbundene Unternehmen	440,9	1.080,2
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	238,9	–
Nachrangige Forderungen	35,4	35,2

Die Forderungen an Kunden werden nach aktivischer Absetzung der Wertberichtigungen ausgewiesen. Die Pauschalwertberichtigungen wurden entsprechend der Portfoliowertberichtigung nach IAS ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig (einschließlich der anteiligen Zinsen)	138,6	499,6
börsenfähige Wertpapiere, davon		
börsennotiert	4.747,1	4.142,1
nicht börsennotiert	30,1	–
von verbundenen Unternehmen ausgegebene Wertpapiere	766,5	262,9

Im Berichtsjahr wurden keine Anleihen in das Anlagevermögen umgewidmet (Vorjahr: 44,5 Mio. EUR). Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zum gemilderten Niederstwert angesetzt. Insgesamt beträgt der Buchwert der zum gemilderten Niederstwertprinzip bewerteten Papiere 239,2 Mio. EUR (Vorjahr: 593,4 Mio. EUR). Der beizulegende Zeitwert der im Anlagevermögen ausgewiesenen Bestände beläuft sich auf 232,8 Mio. EUR (Vorjahr: 556,2 Mio. EUR). Der Wertunterschied ist auf veränderte Marktbedingungen sowie auf Bonitätsänderungen zurückzuführen. Eine dauernde Wertminderung liegt jedoch nicht vor. Aus dem Wertpapierbestand des Anlagevermögens ergeben sich stille Reserven in Höhe von 0,9 Mio. EUR (Vorjahr: 4,7 Mio. EUR) sowie stille Lasten in Höhe von 7,3 Mio. EUR (Vorjahr: 42,0 Mio. EUR). Durch Fälligkeiten und getätigte Verkäufe reduzierte sich der Buchwert der Anleihen im Anlagevermögen um 354,2 Mio. EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Nachrangige Wertpapiere	–	0,4
Börsenfähige Wertpapiere, davon		
börsennotiert	69,5	71,8
nicht börsennotiert	41,0	40,7

Im Anlagevermögen werden Anteile an einem geschlossenen Immobilienfonds mit einem Buchwert von 10,0 Mio. EUR (Vorjahr: 10,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zum gemilderten Niederstwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert dieser Wertpapiere beläuft sich auf 10,5 Mio. EUR (Vorjahr: 10,4 Mio. EUR).

Die Angaben zum Investmentvermögen erfolgen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

<i>in Mio. EUR</i>	Buchwert (BW) 31.12.2012	Marktwert (MW) 31.12.2012	Δ MW – BW	Aus- schüttung 2012	Tägliche Rückgabe möglich
Aktienfonds					
DKB Asien TNL	13,0	13,0	0	–	ja
DKB Europa TNL	12,1	12,1	0	–	ja
DKB Nordamerika TNL	9,7	9,7	0	–	ja
DKB Pharma TNL	19,0	19,0	0	–	ja
DKB Zukunftsfonds	10,3	10,3	0	–	ja
DKB Ökofonds	7,8	7,8	0	–	ja
DKB Teletech ANL	5,1	5,1	0	–	ja
DKB Pharma ANL	0,8	0,9	0,1	–	ja
DKB Teletech TNL	10,7	10,7	0	–	ja
Mischfonds					
DKB NBL ANL	17,0	17,0	0	0,1	ja
Immobilienfonds					
BGV III Feeder 3	10,0	10,5	0,5	1,0	nein

Es bestehen keine unterlassenen Abschreibungen im Sinne des § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB.

Anteile an verbundenen Unternehmen

<i>in Mio. EUR</i>	2012	2011
Börsenfähige Wertpapiere, davon		
nicht börsennotiert	91,6	179,8

Durch den im Berichtszeitraum erfolgten Verkauf der DKB Immobilien AG an die TAG Immobilien-Gruppe reduzierte sich der Bilanzwert der Anteile an verbundenen Unternehmen um 100 Mio. EUR.

Treuhandvermögen

in Mio. EUR

	2012	2011
Davon Forderungen an Kunden	11,2	11,6

Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind insbesondere Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen, aktivierte Ansprüche aus Zahlungsverkehrs- und Kreditkartenprovisionen sowie Steuererstattungsansprüche enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen sowie dem Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten.

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. EUR

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen kumuliert	Restbuchwert 31.12.2012	Restbuchwert 31.12.2011	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	Veränderungen +/- ¹								
Beteiligungen			0,4				20,7	20,3	
Anteile an verbundenen Unternehmen			-100,0				101,5	201,5	
Wertpapiere des Anlagevermögens			-354,2				249,2	603,4	

¹ Von der Zusammenfassungsmöglichkeit nach § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

In den Beteiligungen sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

Vermögensgegenstände in fremder Währung

in Mio. EUR

	2012	2011
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	293,0	309,5

Passivseite

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Befristete Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit		
bis drei Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	1.000,7	1.964,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.646,5	2.761,8
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.086,4	7.826,7
mehr als fünf Jahre	7.726,6	7.970,4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.184,9	5.285,7
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Andere befristete Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit		
bis drei Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	10.248,9	5.827,1
mehr als drei Monate bis ein Jahr	800,7	1.465,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.336,3	529,9
mehr als fünf Jahre	3.678,7	3.716,2
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89,5	113,6
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9,7	0,7

Verbriefte Verbindlichkeiten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Verbindlichkeiten, fällig im Folgejahr (einschließlich der anteiligen Zinsen)	426,0	373,6
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	585,4	507,7

Deckungsrechnung

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Öffentliche Pfandbriefe	4.928,9	3.646,9
Deckungswerte enthalten in		
Forderungen an Kreditinstitute	58,2	55,0
Forderungen an Kunden	5.991,2	6.017,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	345,0	487,2
Überdeckung	1.465,5	2.913,0
Hypothekendarlehen	3.325,4	3.480,1
Deckungswerte enthalten in		
Forderungen an Kreditinstitute	15,0	0,0
Forderungen an Kunden	6.313,2	5.156,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	235,0	310,0
Überdeckung	3.237,8	1.986,5

Treuhandverbindlichkeiten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11,2	11,6

Sonstige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind im Wesentlichen das aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der BayernLB abzuführende Periodenergebnis, Verbindlichkeiten wegen Aufwand aus dem Kreditkartengeschäft, abzuführende Lohnsteuer- und Kapitalertragsteuerbeträge sowie per 31. Dezember 2012 bestehende Zinszahlungsverpflichtungen ausgewiesen.

Rückstellungen

Es werden Rückstellungen für Pensionen und vergleichbar langfristig fällige Verpflichtungen sowie für sonstige Verpflichtungen gebildet.

Im Berichtsjahr wurde der aus der Anwendung des BilMoG resultierende Fehlbetrag bei den Pensionsrückstellungen vollständig ergebniswirksam zugeführt. Dadurch entfällt in den Folgeperioden die jährliche Zuführung gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB.

Die Rückstellungen beinhalten Pensionsrückstellungen in Höhe von 29,7 Mio. EUR (Vorjahr: 24,9 Mio. EUR). In den anderen Rückstellungen bilden die Rückstellungen im Personalbereich in Höhe von 13,8 Mio. EUR (Vorjahr: 12,6 Mio. EUR), die sonstigen Rückstellungen

(zum Beispiel Archivierung, Prozesskosten, Rückstellung für Einlagen mit steigendem Zins) in Höhe von 92,0 Mio. EUR (Vorjahr: 49,9 Mio. EUR) sowie die Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 9,6 Mio. EUR (Vorjahr: 8,9 Mio. EUR) die wesentlichen Positionen.

Das Planvermögen, mit dem die Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen sowie Zeitguthaben gesichert werden, wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungswerten verrechnet. Erträge aus dem Deckungsvermögen wurden mit Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellung verrechnet.

Bruttoausweis	Rückstellungen für Altersteilzeit	Rückstellungen für Überstundenvergütung
<i>in Mio. EUR</i>		
Erfüllungsbetrag der Verpflichtung	8,2	13,9
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	4,7	17,6
Zeitwert des Deckungsvermögens	5,0	17,9
Aufwendungen aus der Aufzinsung im laufenden Geschäftsjahr	0,5	1,0
Erträge aus Deckungsvermögen im laufenden Geschäftsjahr	0,1	0,1

Nachrangige Verbindlichkeiten	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	80,0	80,0

Für eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen in Höhe von 20,3 Mio. EUR (Vorjahr: 20,3 Mio. EUR) angefallen.

Es ist eine Verbindlichkeit in Höhe von 50,0 Mio. EUR enthalten, die 10 Prozent des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigt. Diese wird mit 6,05 Prozent verzinst und hat eine Laufzeit bis zum 24. März 2020.

Sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten sind vertraglich folgendermaßen ausgestattet: Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank erfolgt eine Rückerstattung erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung auf Verlangen der Gläubiger kann nicht entstehen. Die Voraussetzungen zur Zurechnung zum haftenden Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5a KWG sind für einen Bestand von nominal 476,7 Mio. EUR erfüllt. Unter Beachtung der Restlaufzeit und der abzusetzenden Disagien (0,5 Mio. EUR) finden nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 476,2 Mio. EUR im Zuge der Ermittlung der Eigenmittel Berücksichtigung.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtszeitraum wurde eine in den Vorjahren gebildete Vorsorgereserve nach § 340f HGB in Höhe von 80,0 Mio. EUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB umgewidmet.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 339,3 Mio. EUR. Es ist eingeteilt in 130,5 Millionen nennwertlose Stückaktien.

Die stillen Reserven aus dem Wertpapierbestand betragen abzüglich der stillen Lasten aus den wie Anlagevermögen bewerteten Beständen 35,6 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR). Diese werden unter Beachtung der hiervon auf eigene Emissionen entfallenden stillen Reserven in Höhe von 1,1 Mio. EUR nach den Vorschriften des § 10 Abs. 4a und 4c KWG i. V. m. § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 7 KWG zu 45 Prozent dem haftenden Eigenkapital zugerechnet.

Im Geschäftsjahr erfolgte auf Basis des Beschlusses des Vorstands der BayernLB vom 19. Juni 2012 eine Kapitalerhöhung der DKB AG in Form einer Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 120 Mio. EUR. Der Verwaltungsrat der BayernLB genehmigte den Vorstandsbeschluss am 25. Juni 2012 und erteilte die Zustimmung gemäß § 15 KWG.

Nach § 268 Abs. 8 HGB dürfen Gewinne aus Zuschreibungen über die Anschaffungskosten von nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen zu verrechnenden Vermögenswerten nur ausgeschüttet werden, wenn die nach der Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags mindestens den insgesamt angesetzten Beträgen, abzüglich der hierfür gebildeten passiven latenten Steuern, entsprechen. Zum 31. Dezember 2012 betragen die grundsätzlich ausschüttungsgesperren Beträge 0,6 Mio. EUR. Vor dem Hintergrund der ausreichend vorhandenen anderen Gewinnrücklagen erfolgt jedoch eine vollständige Abführung des Jahresergebnisses.

Verbindlichkeiten in fremder Währung	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten	154,7	161,7

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Für nachstehende Verbindlichkeiten (ohne verbriefte Verbindlichkeiten) wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert als Sicherheit übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.214,1	13.080,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.760,8	3.826,3

Aufgliederung der Bilanz für Pfandbriefbanken

Da das Pfandbriefgeschäft in der bilanziellen Wirkung nicht den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit darstellt, werden die für Pfandbriefbanken zusätzlichen Formvorschriften nicht im Gliederungsschema der Bilanz, sondern im Anhang dargestellt.

Untergliederung der Bilanzposten aufgrund des Pfandbriefgeschäfts:

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Hypothekendarlehen	–	–
b) Kommunalkredite	–	–
c) Andere Forderungen	6.826,2	4.322,5
darunter:		
täglich fällig	164,7	229,1
gegen Beleihung von Wertpapieren	–	–

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Hypothekendarlehen	22.926,2	22.134,6
b) Kommunalkredite	8.918,9	8.292,1
c) Andere Forderungen	21.775,8	20.683,9
darunter:		
gegen Beleihung von Wertpapieren	14,7	15,9

Aktiva 15 – Rechnungsabgrenzungsposten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	15,7	27,6
b) Andere	1,9	6,0

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	61,6	127,1
b) Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	99,2	141,8
c) Andere Verbindlichkeiten	19.348,4	20.907,3
darunter:		
täglich fällig	49,0	653,0
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–	–
und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1.995,0	1.893,7
b) Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	2.270,3	1.992,9
c) Spareinlagen		
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	134,5	95,1
d) Andere Verbindlichkeiten	34.403,5	28.834,9
darunter:		
täglich fällig	22.604,2	21.182,8
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–	–
und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenpfandbriefe	1.323,9	1.514,4
ab) Öffentliche Pfandbriefe	2.623,6	1.570,7
ac) sonstige Schuldverschreibungen	506,1	506,1
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	–	–
darunter:		
Geldmarktpapiere	–	–

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	12,2	13,9
b) Andere	0,5	0,7

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

In beiden unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Posten sind keine in Bezug auf die Gesamttätigkeit wesentlichen Einzelbeträge enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind keine Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen enthalten (Vorjahr: 0 Mio. EUR).

Zinsaufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. aus der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 4,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2,5 Mio. EUR) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus Zinszahlungen für Steuererstattungen, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus Kostenerstattungen sowie Erträge aus der Währungsumrechnung (0,8 Mio. EUR; Vorjahr: 1,6 Mio. EUR) enthalten. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden Schäden, unter anderem aus dem Missbrauch im Kreditkartengeschäft, und Einzahlungen in den Missbrauchspool sowie die Bildung von Rückstellungen hierfür ausgewiesen. Der Ausweis des Beitrags zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) erfolgt ebenfalls in dieser Position.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten insbesondere Restrukturierungsaufwendungen, die sich aus der Umsetzung der für die DKB AG als Teil des BayernLB-Konzerns festgelegten Restrukturierungsmaßnahmen ergeben haben. Dazu zählen ebenso Programme bei Tochterunternehmen sowie daraus resultierende Aufwendungen für Verlustübernahmen der Jahresergebnisse. Dem gegenüber stehen die realisierten Erträge aus der Veräußerung der Anteile an der DKB Immobilien AG.

Des Weiteren beinhalten die außerordentlichen Aufwendungen die Effekte aus der Anwendung der Änderungen des BilMoG in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,1 Mio. EUR). Im Berichtsjahr wurde dabei der komplette noch ausstehende Differenzbetrag aufwandswirksam den Pensionsrückstellungen zugeführt.

Ertrag aus Steuern vom Einkommen und Ertrag

In dieser Position sind Steuererstattungen für Vorjahre enthalten. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der BayernLB fallen auf der Ebene der DKB AG keine Ertragsteuerzahlungen für das laufende Geschäftsjahr an.

Angaben zu Bewertungseinheiten gemäß § 285 Nr. 23 HGB

Art der abgesicherten Risiken	Buchwert der Grundgeschäfte	Art der Bewertungseinheit	Höhe der abgesicherten Risiken
Zinsrisiken	15,0 Mio. EUR	Mikro-Hedge	100 %
Zins- und Währungsrisiko	61,9 Mio. EUR	Mikro-Hedge	100 %

Bei den nach § 254 HGB gebildeten Sicherungsbeziehungen stimmen die Parameter des abgesicherten Teils von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument überein. Es handelt sich um perfekte Mikro-Hedges. Die Wirksamkeit der Bewertungseinheiten wird unter dieser Voraussetzung mit der Critical-Term-Match-Methode bewertet. Die Bewertungseinheiten werden für die gesamte Laufzeit von Grund- und Sicherungsgeschäft gebildet.

Derivative Geschäfte

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 19 HGB i. V. m. § 36 RechKredV sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Darstellung der Volumina

<i>in Mio. EUR</i>	Nominalwerte	
	2012	2011
Zinsrisiken		
Zinsswaps	14.815,0	15.915,0
Caps/Floors	0,0	0,0
Zinsoptionen	15,0	15,0
Zinsrisiken insgesamt	14.830,0	15.930,0
Währungsrisiken		
Währungsswaps	111,3	124,3
Devisentermingeschäfte	130,1	139,0
Währungsrisiken insgesamt	241,4	263,3
Insgesamt	15.071,4	16.193,3

	Beizulegender Zeitwert ¹			
	positiv		negativ	
	2012	2011	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>				
Zinsrisiken				
Zinsswaps	1,1	1,2	2.126,1	1.690,0
Caps/Floors	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsoptionen	0,0	0,0	0,1	0,4
Zinsrisiken insgesamt	1,1	1,2	2.126,2	1.690,4
Währungsrisiken				
Währungsswaps	12,5	12,8	12,5	12,8
Devisentermingeschäfte	0,5	1,2	0,0	1,7
Währungsrisiken insgesamt	13,0	14,0	12,5	14,5
Insgesamt	14,1	15,2	2.138,7	1.704,9

¹ Ohne Zinsabgrenzung.

Fristengliederung

	Nominalwerte			
	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	2012	2011	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>				
Bis ein Jahr	150,0	400,0	241,4	140,3
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.880,0	5.720,0	0,0	123,0
Über fünf Jahre	4.800,0	9.810,0	0,0	0,0
Insgesamt	14.830,0	15.930,0	241,4	263,3

Kontrahentengliederung

	Nominalwerte	
	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Öffentliche Stellen in der OECD ¹	900,0	0,0
Banken in der OECD	14.109,5	16.131,1
Sonstige Kontrahenten	61,9	62,2
Insgesamt	15.071,4	16.193,3

¹ Aufgrund des Kontrahenten Erste Abwicklungsanstalt (vormals WestLB) im Vorjahr unter Banken in der OECD ausgewiesen.

<i>in Mio. EUR</i>	Beizulegender Zeitwert ²			
	positiv		negativ	
	2012	2011	2012	2011
Öffentliche Stellen in der OECD ¹	0,0	0,0	126,8	0,0
Banken in der OECD	1,6	2,4	2.011,9	1.704,9
Sonstige Kontrahenten	12,5	12,8	0,0	0,0
Insgesamt	14,1	15,2	2.138,7	1.704,9

¹ Aufgrund des Kontrahenten Erste Abwicklungsanstalt (vormals WestLB) im Vorjahr unter Banken in der OECD ausgewiesen.

² Ohne Zinsabgrenzung.

Die zinsbezogenen Geschäfte wurden zur Sicherung von Zinsschwankungen abgeschlossen. Sie werden mit den gesicherten Geschäften zusammen betrachtet und nach dem Grundsatz der verlustfreien Bewertung bewertet. Eine Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs war zum 31. Dezember 2012 nicht erforderlich, da auf Basis einer GuV-orientierten Betrachtung der zinsbezogenen Geschäfte ein positives barwertiges Ergebnis über den Gesamtbetrachtungszeitraum ermittelt wurde. Die währungsbezogenen Geschäfte dienen der Deckung von Wechselkursschwankungen.

Angabe der DKB AG gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)¹

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und Deckungsmassen

Öffentliche Pfandbriefe	Nennwert		Barwert	
	2012	2011	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>				
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ²	6.394,4	6.559,9	7.213,4	7.157,7
davon Derivate	–	–	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	4.928,9	3.646,9	5.531,7	4.082,2
Überdeckung	1.465,5	2.913,0	1.681,7	3.075,5
	29,73 %	79,88 %	30,40 %	75,34 %

¹ Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

² Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

Öffentliche Pfandbriefe

	Risikobarwert ²	
	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ¹	6.441,4	6.410,2
davon Derivate	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	4.988,6	3.587,1
Überdeckung	1.452,8	2.823,1
	29,12%	78,70%

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

² Statistischer Ansatz (+250 BP).

Hypothekendarfandbriefe

	Nennwert		Barwert	
	2012	2011	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>				
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ¹	6.563,2	5.466,6	7.624,4	6.130,1
davon Derivate	–	–	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.325,4	3.480,1	3.810,9	3.815,4
Überdeckung	3.237,8	1.986,5	3.813,5	2.314,6
	97,37%	57,08%	100,07%	60,66%

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

Hypothekendarfandbriefe

	Risikobarwert ²	
	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ¹	6.894,0	6.662,0
davon Derivate	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.252,1	4.521,4
Überdeckung	3.641,9	2.140,6
	111,98%	47,34%

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

² Statistischer Ansatz (+250 BP).

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Restlaufzeiten bzw. Zinsbindungsfristen	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungs- massen ¹	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungs- massen ¹
	2012	2012	2011	2011
<i>in Mio. EUR</i>				
Bis ein Jahr	81,5	807,7	105,5	658,8
Mehr als ein Jahr bis zwei Jahre	1.160,0	745,5	81,5	759,2
Mehr als zwei Jahre bis drei Jahre	1.007,0	800,7	900,0	730,9
Mehr als drei Jahre bis vier Jahre	262,0	625,4	502,0	890,2
Mehr als vier Jahre bis fünf Jahre	617,9	431,7	10,0	616,1
Mehr als fünf Jahre bis zehn Jahre	1.025,5	2.098,5	973,4	2.084,6
Über zehn Jahre	775,0	884,9	1.074,5	820,1
Insgesamt	4.928,9	6.394,4	3.646,9	6.559,9

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

Restlaufzeiten bzw. Zinsbindungsfristen	Hypotheken- pfandbriefe	Deckungs- massen ¹	Hypotheken- pfandbriefe	Deckungs- massen ¹
	2012	2012	2011	2011
<i>in Mio. EUR</i>				
Bis ein Jahr	342,5	667,0	340,0	538,1
Mehr als ein Jahr bis zwei Jahre	885,0	502,1	242,5	514,0
Mehr als zwei Jahre bis drei Jahre	39,0	750,7	885,0	440,8
Mehr als drei Jahre bis vier Jahre	–	914,2	39,0	743,3
Mehr als vier Jahre bis fünf Jahre	66,3	812,8	–	716,5
Mehr als fünf Jahre bis zehn Jahre	630,6	2.516,0	574,6	2.186,0
Über zehn Jahre	1.362,0	400,5	1.399,0	328,0
Insgesamt	3.325,4	6.563,2	3.480,1	5.466,6

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz

	Deckungswerte	
	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Bundesrepublik Deutschland	6.336,2	6.381,7
Staat	35,6	36,0
regionale Gebietskörperschaften	998,4	1.044,5
örtliche Gebietskörperschaften	4.020,7	4.032,8
sonstige Schuldner	1.281,7	1.268,4
Weitere Deckung	58,2	178,2
Insgesamt	6.394,4	6.559,9

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größenklassen

	Deckungswerte	
	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Bis 300.000 EUR	2.898,7	2.393,7
Mehr als 300.000 EUR bis 5 Mio. EUR	1.967,3	1.722,8
Mehr als 5 Mio. EUR	1.447,2	1.040,1
Weitere Deckung	250,0	310,0
Insgesamt	6.563,2	5.466,6

**Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten,
in denen die Grundstückssicherheiten liegen, und nach Nutzungsart**

	Deckungswerte	
	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Bundesrepublik Deutschland		
Wohnungen	961,5	791,8
Einfamilienhäuser	1.625,4	1.379,5
Mehrfamilienhäuser	3.471,4	2.876,2
unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	7,1	15,1
Bauplätze	0,4	–
wohnwirtschaftlich insgesamt	6.065,8	5.062,6
Bürogebäude	–	–
Handelsgebäude	40,6	28,2
Industriegebäude	7,9	0,2
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	198,9	65,5
gewerblich insgesamt	247,4	94,0
weitere Deckung	250,0	310,0
Insgesamt	6.563,2	5.466,6

In den Deckungswerten bestanden zum Stichtag sowohl für Öffentliche als auch für hypothekarische Darlehen keine Leistungsstörungen.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Name und Sitz der Beteiligungsunternehmen	Kapitalanteil in %	Eigenkapital	Ergebnis
<i>in Mio. EUR</i>			
ae group AG, Gerstungen ¹	49,9	5,6	8,3
Bauland 3. Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, München ¹	100,0	0,0	0,0
Bauland GmbH Baulandbeschaffungs-, Erschließungs- und Wohnbaugesellschaft, München ^{1,2,3}	94,5	-10,1 ²	0,0
Bau-Partner GmbH, Halle (Saale) ⁴	49,7	-0,2	-0,6
CAUSALIS Immobilien 1. Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln ^{5,6}		16,7	
Cottbuser Energieverwaltungsgesellschaft mbH, Cottbus ^{1,3}	100,0	0,0	0,0
DKB Finance GmbH, Berlin ⁷	100,0	9,7	1,3
DKB Grundbesitzvermittlung GmbH, Berlin ^{3,7}	100,0	0,1	0,0
DKB Immobilien Beteiligungs GmbH, Potsdam ¹	100,0	1,9	0,1
DKB IT-Services GmbH, Potsdam ^{1,3}	100,0	0,1	0,0
DKB PROGES GmbH, Berlin ⁷	100,0	0,5	0,4
DKB PROGES ZWEI GmbH, Berlin ¹	100,0	1,3	0,3
DKB Service GmbH, Potsdam ^{1,3}	100,0	0,1	0,0
DKB Wohnen GmbH, Berlin ^{1,3}	94,5	0,0	0,0
DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung GmbH, Berlin ^{1,3}	100,0	2,5	0,0
Elektroenergieversorgung Cottbus GmbH, Cottbus ^{1,3}	100,0	12,1	0,0
Film und Video Untertitelung Gerhard Lehmann AG, Potsdam ⁸	33,3	-2,0	-0,5
FMP Erste Objektgesellschaft mbH, Potsdam ¹	100,0	0,1	0,1
FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH, Potsdam ⁷	100,0	2,4	1,4
Gas-Versorgungsbetriebe Cottbus GmbH, Cottbus ^{1,3}	63,0	5,6	0,0
GbR Olympisches Dorf, Potsdam ¹	100,0	0,0	0,0
GESO Gesellschaft für Sensorik, geotechnischen Umweltschutz und mathematische Modellierung mbH, Jena ⁶	43,1	-0,4	0,0
Hausbau Dresden GmbH, München ¹	100,0	0,0	0,0
Heym AG, Gleichamberg ¹	38,0	0,4	0,9

¹ Jahresabschluss 31.12.2011.

² Ein tatsächliches Negativvermögen der Gesellschaft liegt nicht vor.

³ Ergebnisabführungsvertrag.

⁴ Aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2010.

⁵ Zweckgesellschaft.

⁶ Jahresabschluss 31.12.2010.

⁷ Vorläufiger Jahresabschluss 31.12.2012.

⁸ Jahresabschluss 31.12.2009.

Name und Sitz der Beteiligungsunternehmen

in Mio. EUR

	Kapitalanteil in %	Eigenkapital	Ergebnis
HKW Heizkraftwerksgesellschaft Cottbus GmbH, Cottbus ^{1,3}	100,0	0,0	0,0
KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft mbH, München ¹	75,0	0,4	0,0
LBG Liebenberger Betriebsgesellschaft mbH, Liebenberg, Löwenberger Land OT Liebenberg ¹	100,0	0,0	0,0
Mandala Internet, EDV-Service GmbH, Braunschweig ¹	20,0	0,5	0,0
Mediport Venture Fonds Zwei GmbH, Berlin ⁹	53,8	-0,9	-1,1
MVC Unternehmensbeteiligungs GmbH, Berlin ⁷	100,0	2,4	-1,9
Neue Novel Ferm Verwaltungs GmbH, Dettmannsdorf ¹⁰	49,0	0,0	0,0
Novel Ferm Brennerei Dettmannsdorf GmbH & Co. KG, Dettmannsdorf ¹⁰	49,0	-8,2	-4,8
Oberhachinger Bauland GmbH; Wohnbau- und Erschließungsgesellschaft, München ¹	91,0	-2,4	0,0
PN Haus- und Grundbesitzgesellschaft Potsdam-Nürnberg GmbH & Co. KG, Köln ^{5,6}		60,8	
Potsdamer Immobiliengesellschaft mbH, Potsdam ¹	100,0	0,1	0,0
PROGES Drei GmbH, Berlin ¹	100,0	0,2	0,1
PROGES Oranienburger Strasse Gesellschaft mbH ¹	100,0	0,0	0,0
PROGES Sparingberg GmbH, Berlin ¹	100,0	0,3	0,1
PWG-Bau Pfersee Wohn- und Gewerbebauträger GmbH & Co. KG, München ¹	50,0	-0,1	18,1
PWG-Bau Pfersee Wohn- und Gewerbebauträger Verwaltungs-GmbH, München ¹	50,0	0,0	0,0
SIAG Schaaf Industrie AG, Dernbach ⁶	23,4	20,2	-9,7
SKG BANK AG, Saarbrücken ^{3,7}	100,0	81,5	0,0
Stadtwerke Cottbus GmbH, Cottbus ¹	74,9	39,9	5,1
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin ¹	50,0	0,0	0,0
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin ¹	47,0	-7,4	0,1
WKP Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. O-TEL KG, Berlin ¹	94,9	0,1	0,0

¹ Jahresabschluss 31.12.2011.

² Ein tatsächliches Negativvermögen der Gesellschaft liegt nicht vor.

³ Ergebnisabführungsvertrag.

⁴ Aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2010.

⁵ Zweckgesellschaft.

⁶ Jahresabschluss 31.12.2010.

⁷ Vorläufiger Jahresabschluss 31.12.2012.

⁸ Jahresabschluss 31.12.2009.

⁹ Aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2009.

¹⁰ Aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2011.

Publikumsfonds und Spezialfonds

Name und Sitz der Beteiligungsunternehmen	Kapitalanteil in %	Eigenkapital	Ergebnis
<i>in Mio. EUR</i>			
BGV III Feeder 3 SICAV FIS ¹	16,7	63,2	2,8
DKB Asien Fonds TNL, Luxemburg ²	64,3	18,7	0,0
DKB Europa Fonds TNL, Luxemburg ²	65,6	20,2	-1,1
DKB Neue Bundesländer Fonds ANL, Luxemburg ²	96,5	19,2	-0,3
DKB Nordamerika Fonds TNL, Luxemburg ²	70,0	15,3	2,3
DKB Ökofonds TNL, Luxemburg ²	93,0	8,9	-4,0
DKB Pharma Fonds AL, Luxemburg ²	17,1	4,6	0,5
DKB Pharma Fonds TNL, Luxemburg ²	85,0	27,2	2,7
DKB Teletech Fonds AL, Luxemburg ²	91,8	6,4	0,4
DKB Teletech Fonds TNL, Luxemburg ²	92,8	13,3	0,8
DKB Zukunftsfonds TNL, Luxemburg ²	88,8	11,1	-2,7

¹ Jahresabschluss 31.12.2011.

² Jahresabschluss 31.03.2012.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Bei der DKB AG bestehen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen die vor allem die Bereiche banknahe Dienstleistungen, IT-Betrieb, Facility-Management und Marketing betreffen.

Übertragene, vollständig ausgebuchte Vermögenswerte, bei denen weiterhin ein anhaltendes Engagement besteht

Die DKB AG hat im Rahmen einer konzerninternen Transaktionen einen Wertpapierbestand unter Rückbehalt betragsmäßig begrenzter Chancen und Risiken an die BayernLB übertragen und ausgebucht. Die hieraus resultierenden Effekte werden vor dem Hintergrund der aktuellen Marktlage und des Standes des Abwicklungsverfahrens als unwesentlich eingeschätzt.

Sonstige Haftungsverhältnisse

Die DKB AG hat nach § 10 Abs. 5 der Satzung des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands, Berlin, die Verpflichtung übernommen, im Bedarfsfall bei Sicherungsfällen Nachschüsse zu leisten. Die Nachschusspflicht ist für jedes Mitglied begrenzt, und zwar für die gesamte Dauer des Fonds sowie für alle Sicherungsfälle insgesamt für den auf ihn entfallenden Teil des in § 8 Abs. 1 der Satzung festgelegten Gesamtvolumens des Fonds, vermindert um alle von ihm bereits geleisteten Beiträge.

Die DKB AG hat für die Verbindlichkeiten der SKG BANK AG eine Patronatserklärung abgegeben. Abgesehen vom Fall des politischen Risikos trägt danach die DKB AG dafür Sorge, dass die SKG BANK AG ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen gemäß § 285 Nr. 21 HGB

Die DKB AG unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Im Wesentlichen umfassen diese Beziehungen typische Bankdienstleistungen, beispielsweise das Einlagen- sowie das Kredit- und Geldmarktgeschäft.

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der DKB AG zählen:

- die alleinige Gesellschafterin Bayerische Landesbank, München (Mutterunternehmen),
- die Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen des DKB-Konzerns,
- die Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen des BayernLB-Konzerns,
- die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der DKB AG und des Vorstands und des Verwaltungsrats der Bayerischen Landesbank sowie deren nahe Familienangehörige.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Organe der Deutschen Kreditbank AG

Vorstand

Günther Troppmann	bis 31.12.2012 Vorsitzender des Vorstands
Rolf Mähliß	Mitglied des Vorstands
Dr. Patrick Wilden	Mitglied des Vorstands
Stefan Unterlandstättnr	Mitglied des Vorstands ab 01.01.2013 Vorsitzender des Vorstands

Aufsichtsrat

Jan-Christian Dreesen	Vorsitzender des Aufsichtsrats ab 01.01.2013 Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landesbank
Gerd Häusler	ab 01.01.2013 Vorsitzender des Aufsichtsrats Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Landesbank
Marcus Kramer	Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landesbank
Nils Niermann	Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landesbank
Walter Pache	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Günzburg-Krumbach unabhängiger Finanzexperte
Stephan Winkelmeier	Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landesbank
Theo Zellner	Präsident des Sparkassenverbands Bayern
Dr. Edgar Zoller	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Landesbank
Dr. Peter Kahn	bis 21.03.2012 Ehrenmitglied Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Landesbank i. R.
Franz Neubauer	bis 21.03.2012 Ehrenmitglied Staatsminister a. D.

Arbeitnehmervertreter

Bianca Häsen	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats Bankangestellte Deutsche Kreditbank AG
Christine Enz	Vertreterin Deutscher Bankangestellten Verband DBV
Jens Hübler	leitender Bankangestellter Deutsche Kreditbank AG
Wolfhard Möller	Angestellter Deutsche Kreditbank AG
Frank Radtke	Angestellter Deutsche Kreditbank AG
Dr. Friedrich Sendelbeck	Vertreter Verdi
Christine Wollweber	Angestellte DKB Service GmbH
Ufuk Yasar	Angestellter Deutsche Kreditbank AG

Bezüge der Organe der DKB AG

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Gesamtbezüge des Geschäftsjahres:		
Mitglieder des Vorstands	3,1	2,1
kurzfristig fällige Leistungen	2,0	1,7
andere langfristig fällige Leistungen	0,4	0,4
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,7	0,0
Mitglieder des Aufsichtsrats	0,1	0,1
frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene	0,4	0,4
Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	6,4	6,3

Von den im Vorjahr ausgewiesenen Bezügen für Mitglieder des Vorstands wurden im Berichtsjahr 0,7 Mio. EUR erfolgswirksam aufgelöst.

Die für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 berücksichtigte variable Vergütung in Höhe von 0,7 Mio. EUR steht zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Kredite an Organe der DKB AG

in Mio. EUR

	2012	2011
Gesamtbetrag der den Mitgliedern des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der zu ihren Gunsten eingegangenen Haftungsverhältnisse:		
Mitglieder des Vorstands	3,4	3,5
Mitglieder des Aufsichtsrats	1,5	1,1

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften einschließlich Kreditinstituten

Günther Troppmann	MITEC Automotive AG, Eisenach Lufthansa AirPlus Servicekarten GmbH, Neu-Isenburg (bis 31.12.2012) Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB), Berlin SKG BANK AG, Saarbrücken
Rolf Mähliß	Stadtwerke Cottbus GmbH, Cottbus SIAG Schaaf Industrie AG, Dernbach SKG BANK AG, Saarbrücken
Dr. Patrick Wilden	Stadtwerke Cottbus GmbH, Cottbus SKG BANK AG, Saarbrücken ae group AG, Gerstungen
Stefan Unterlandstätter	SKG BANK AG, Saarbrücken

Honorar für den Abschlussprüfer

in Mio. EUR

	2012 ¹	2011 ¹
Im Geschäftsjahr als Aufwand erfasstes Honorar für		
die Abschlussprüfungsleistungen	1,4 ²	1,2
andere Bestätigungsleistungen	0,3	0,3
Steuerberatungsleistungen	0,2	0,1
sonstige Leistungen	1,2	0
Insgesamt	3,1	1,6

¹ Ohne Umsatzsteuer (netto).

² Davon 0,1 Mio. EUR für das Vorjahr.

Anzahl der Mitarbeiter

	2012	2011
Mitarbeiter (Kapazitäten) im Jahresdurchschnitt	1.320	1.256
davon Teilzeitkapazitäten	237	212
davon männlich	611	578
davon weiblich	709	678

Gesellschafter

Die DKB AG ist seit 1995 ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Bayerischen Landesbank, München. Die Bayerische Landesbank, München, ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihre Eigentümer sind – indirekt über die BayernLB Holding AG – der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband Bayern. Die Mitteilung der Bayerischen Landesbank, München, gemäß § 20 Abs. 4 AktG ist an die DKB AG erfolgt.

Die DKB AG wird in den Konzernabschluss der Bayerischen Landesbank, München, einbezogen. Der Konzernabschluss der Bayerischen Landesbank, München, wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Bayerische Landesbank, München, hat für die Verbindlichkeiten der DKB AG eine Patronatserklärung abgegeben. Abgesehen vom Fall des politischen Risikos trägt danach die Bayerische Landesbank, München, dafür Sorge, dass die DKB AG ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Seit dem 1. Januar 2009 besteht mit der Bayerischen Landesbank, München, ein Ergebnisabführungsvertrag mit einer festen Laufzeit von fünf Jahren.

Gewinnverwendung

	2012	2011
<i>in Mio. EUR</i>		
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	251,1	120,5

Berlin, den 13. Februar 2013

Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstättner



Rolf Mähliß

Dr. Patrick Wilden

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, den 13. Februar 2013

Deutsche Kreditbank AG
Vorstand

Stefan Unterlandstättner

Rolf Mähliß

Dr. Patrick Wilden

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 13. Februar 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zoeger
Wirtschaftsprüfer

Hering
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber: Deutsche Kreditbank AG
Taubenstraße 7–9
10117 Berlin
Tel. 030 120 300 00
www.DKB.de
info@dkb.de

Gestaltung: AD AGENDA Kommunikation
und Event GmbH

Unsere Geschäfts- und Halbjahresfinanz-
berichte sind eingestellt unter
DKB.de > [Über uns](#) > [Zahlen & Fakten](#)

